



DETMOLD

**Kulturstadt
im Teutoburger Wald**

Budgetbuch 2015

Fachbereich 2

**Jugend, Schule, Soziales und
Sport**

**Budgetbuch
Fachbereich 2
Jugend, Schule, Soziales und Sport**

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	Haushaltssatzung	1 - 4
2.	Verzeichnis der Produkt- und Auftragssachkonten mit Deckungsvermerken	5 - 14
3.	Produktplan	15
4.	<u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u> Fachbereich 2 – Jugend, Schule, Soziales und Sport	16 - 17
5.	Teilbudget Jugend	
5.1	Planungsreport Jugend	19 - 26
5.2	<u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u> Teilbudget Jugend	28
5.3	<i>Produktgruppe 200 Betreuung von Kindern</i>	
5.3.1	Produkt 100 Kinder in und außerhalb von Tageseinrichtungen und in Tagespflege	30 - 32
5.3.2	Produkt 200 Kinder in der Offenen Ganztagschule	34 - 35
5.4	<i>Produktgruppe 210 Förderung von jungen Menschen und ihren Familien</i>	
5.4.1	Produkt 100 Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz	36 - 38
5.4.2	Produkt 200 Förderung freier Träger der Jugendarbeit	40 - 41
5.5	<i>Produktgruppe 220 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien</i>	
5.5.1	Produkt 100 Hilfen zur Erziehung	42 - 44
5.5.2	Produkt 200 Vormundschaften und Beistandschaften	46 - 47
5.5.3	Produkt 300 Unterhaltsvorschuss	48 - 49
5.5.4	Produkt 400 Schulsozialarbeit	50 - 51
6.	Teilbudget Soziales	
6.1	Planungsreport Soziales	53 - 56
6.2	<u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u> Teilbudget Soziales	57
6.3	<i>Produktgruppe 230 Lebensunterhalt</i>	
6.3.1	Produkt 100 Hilfe zum Lebensunterhalt	58 - 59

6.3.2	Produkt 200	Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	60 - 61
6.3.3	Produkt 300	Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)	62 - 64
6.4	<i>Produktgruppe 240 Wohnen</i>		
6.4.1	Produkt 100	Wohngeld	66 - 67
6.4.2	Produkt 200	Unterbringung in Notunterkünften	68 - 69
6.5	<i>Produktgruppe 250 Betreuung, Beratung und Ausländerangelegenheiten</i>		
6.5.1	Produkt 100	Betreuungsstelle	70 - 71
6.5.2	Produkt 200	Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf	72 - 73
6.5.3	Produkt 300	Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege	74 - 75
6.5.4	Produkt 400	Ausländerangelegenheiten	76 - 77
7.	Teilbudget Schule und Sport		
7.1	Planungsreport Schule und Sport		79 - 83
7.2.	<u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u> Teilbudget Schule und Sport		84 - 85
7.3	<i>Produktgruppe 260 Schulen</i>		
7.3.1	Produkt 100	Schulen	86 - 89
7.4	<i>Produktgruppe 270 Sport- und Sportförderung</i>		
7.4.1	Produkt 100	Sportförderung und Sportstätten	90 - 92
7.5	<i>Produktgruppe 280 Förderzentrum</i>		
7.5.1	Produkt 100	Förderzentrum	94 - 95
8.	Anlage 1: nachrichtlich: Produkt 500 400 Schulimmobilien Fb.5		98 - 100

Haushaltssatzung der Stadt Detmold für das Haushaltsjahr 2 0 1 5

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19.12.2013 (GV. NRW. S.878) hat der Rat der Stadt Detmold mit Beschluss vom 17.12.2014 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2015, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	200.174.356 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	202.728.614 €

im **Finanzplan** mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	191.793.409 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	191.094.344 €

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	7.084.551 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	24.714.616 €

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	47.339.626 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	36.840.561 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen im Haushaltsjahr 2015 erforderlich ist, wird auf

16.389.791 €

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

25.925.700 €

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans im Haushaltsjahr 2015 wird auf

2.554.258 €

festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung im Haushaltsjahr 2015 in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

50.000.000 €

festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2015 wie folgt festgesetzt:

1. **Grundsteuer:**
 - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf **192 v.H.**
 - 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf **495 v.H.**
2. **Gewerbsteuer:**
auf **430 v.H.**

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen

Über- und außerplanmäßige **Aufwendungen und Auszahlungen**, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind im Sinne des § 83 GO NRW erheblich, wenn sie mindestens **25.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind erheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von **15.000 €** überschreiten, davon ausgenommen sind die internen Leistungsverrechnungen und bilanzielle Abschreibungen im Rahmen des Jahresabschlusses.

Unerheblich sind ferner alle über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die im Zusammenhang mit

- dem **Jahresabschluss** oder
- der Umsetzung des **NKF** oder
- finanzneutralen Änderungen von Sachkonten aus finanzstatistischen Gründen oder
- finanzneutralen Mittelumschichtungen zwischen den Organisationsbereichen
 - bei Strukturänderungen der Verwaltung oder
 - im Bereich der Personalwirtschaft

erforderlich werden.

Über- und außerplanmäßige **Verpflichtungsermächtigungen** gem. § 85 GO NRW, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind als erheblich anzusehen, wenn sie im Einzelfall mehr als **150.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gelten als erheblich, wenn sie im Einzelfall mehr als **50.000 €** betragen.

Die erheblichen **Aufwendungen und Auszahlungen** sowie **Verpflichtungsermächtigungen** bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates. Im Übrigen sind die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen dem Rat zur Kenntnis zu bringen, sofern sie nicht geringfügig sind. Geringfügig in diesem Sinne sind Beträge bis zu **5.000 €**.

§ 8

Budgets und Deckungsfähigkeiten

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO (siehe auch „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“ [gelbe Seiten]) bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Die Erträge/Aufwendungen bzw. Einzahlungen/Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich.

Für die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes gilt das „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“.

Sämtliche Verpflichtungsermächtigungen innerhalb eines Produktbudgets werden gem. § 13 Absatz 2 GemHVO für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Der im § 3 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen darf nicht überschritten werden.

§ 9

Ausweis von Investitionen in Teilfinanzplänen

Die **Wertgrenze für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen** im Teilfinanzplan nach § 4 Absatz 4 GemHVO wird, bezogen auf den Gesamtausgabebedarf von Einzelmaßnahmen, grundsätzlich auf **250.000 €** festgesetzt.

§ 10

Stellenplan

Rechtsfolge bei Stellen mit einem kw.- bzw. ku.-Vermerk:

kw.-Vermerk: Die Stelle entfällt beim Ausscheiden des Stelleninhabers.

ku.-Vermerk: Die Stelle ist nach Ausscheiden des Stelleninhabers umzuwandeln.

Die im Stellenplan ausgewiesenen Planstellen der Beamten und Tarifbeschäftigten können vorübergehend auch mit Beschäftigten der jeweils anderen Beschäftigten-gruppe besetzt werden.

Detmold, 17.12.2014



Heller
(Bürgermeister)

Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken

Grundsatz der Gesamtdeckung

Grundsätzlich dienen die Erträge zur Deckung der Aufwendungen sowie die Einzahlungen zur Deckung der Auszahlungen (vgl. § 20 GemHVO).

Bildung von Budgets / Gegenseitige Deckungsfähigkeit

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Zusätzlich werden alle nicht zahlungswirksamen Zuführungen im Personalbereich (wie Pensionsrückstellungen, Altersteilzeitrückstellungen, Beihilferückstellungen) zu einem Budget verbunden.

Die Erträge und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich.

Gegenseitige Deckungsfähigkeit im investiven Teil des Finanzplanes

Innerhalb eines Auftrages sind die Sachkonten gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto innerhalb eines Fachbereiches einschließlich der Auszahlungsermächtigungen für Festwerte werden grundsätzlich für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Fachbereiche 2, 3 und 8. Hier gilt Folgendes:

Im Fachbereich 2 sind die Auszahlungen für die Beschaffung von Hard- und Software im Rahmen des Medienentwicklungsplanes gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes des Fachbereiches 3 für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto innerhalb der Produkte „Bekämpfung von Bränden/Hilfeleistung bei Unglücksfällen“ und „Krankentransport und Rettungsdienst“ sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 8 werden die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen im Bereich der Adlerwarte Berlebeck für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Maßnahmen im Bereich „Sportstätten“ sind gegenseitig deckungsfähig, ebenso alle Maßnahmen des Grunderwerbs im Produkt 001.500.100 (Haus- und Grundstücksservice). Darüber hinaus sind alle Maßnahmen innerhalb der Bereiche „Immobilien“, mit Ausnahme der Beschaffung von Ersatzschulräumen im Schulzentrum Mitte; innerhalb der Bereiche „Kanal- und Gewässerbau/Abwasserbeseitigung“ und sämtliche Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau einschließlich der Fußgängerüberwege und Lichtzeichenanlagen und der Straßenbeleuchtung gegenseitig deckungsfähig. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Rückzahlungen vorfinanzierter Leistungen im Kanal- und Straßenbau.

Im Produkt „Allgemeine Finanzen“ werden alle Tilgungsleistungen mit Ausnahme der Tilgungsleistungen für Umschuldungen für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Sollten sich außerdem konsumtiv geplante Maßnahmen als investiv herausstellen, gelten diese als ermächtigt.

Unechte Deckungsfähigkeit nach § 21 Absatz 2 GemHVO

Die Mehrerträge/Mehreinzahlungen der nachstehend aufgeführten Produkt-Sachkonten führen zur Erhöhung der Aufwendungs- bzw. Auszahlungsermächtigung der angegebenen Produkt-Sachkonten. Diese Mehraufwendungen oder Mehrauszahlungen gelten **n i c h t** als überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW. Darüber hinaus sind sie von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ausgenommen.

Bereich: Allgemeine Finanzen und Beteiligungen

Produkt 016.900.100: Allgemeine Finanzen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4013000 / 6013000 Gewerbsteuer	5341000 / 7341000 Gewerbsteuerumlage 5342000 / 7342000 Gewerbsteuerumlage - Fonds deutsche Einheit und Länderfinanz- ausgleich
6927340 Einzahlung aus Krediten für Investi- tionen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlun- gen und Auszahlungen	7927340 Tilgung von Krediten für Investitio- nen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlun- gen und Auszahlungen

Produkt 015.910.100: Beteiligungen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141100 / 6141100 Zuwendung Land -ÖPNV-	5317100 / 7317100 Förderung -ÖPNV-
4141150 / 6141150 Zuwendung Land -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)	5317150 / 7317150 Förderung -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)
4651001 / 6651001 Dividenden 4651002 / 6651002 Gewinnanteile Sparkasse Detmold 4651003 / 6651003 Gewinnanteile DetCon GmbH	5441103 / 7441103 Kapitalertragsteuer

Fachbereich 2: Jugend, Schule, Soziales und Sport

Produkt 006.200.100: Kinder in und außerh. von Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4291100 / 6291100 Zuweisung des Landes für die Weitergabe von Investitionszuschüssen	5391100 / 7391100 Investitionszuschüsse

Produkt 006.210.100: Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4488260 / 6488260 Erstattung Bildungs- und Teilhabepaket	5431260 / 7431260 Veranstaltungen aus Bildungs- und Teilhabepaket

Produkt 006.220.100: Hilfen zur Erziehung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141013 / 6141013 Zuweisung von Gerichten, Erstattung von Strafgeldern	5331571 / 7331571 Projektbezogene Sachkosten - Jugendgerichtshilfe -
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 005.230.300: Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147003 / 6147003 Spenden für Hilfsbedürftige von privaten Unternehmen	5331001 / 7331001 Zuschuss aus Spendenmitteln
4211000 / 6211000 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	5331182 / 7331182 Zuschüsse für Kinderreiche Familien, Zuschüsse für Notsituationen

Produkt 005.250.200: Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4142001 / 6142001 Zuweisung anteiliger Ausgleichsabgabe durch das Integrationsamt	5331515/ 7331515 Beihilfen nach SGB IX

Produkt 005.250.300: Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488022 / 6488022 Einnahmen aus Veranstaltungen - Seniorenwoche	5291402 / 7291402 Seniorenwoche und Veranstaltungen

Produkt 002.250.400: Ausländerangelegenheiten

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4481007 / 6481007 Erstattung der Kosten für die Rückführung von Ausländern vom Land	5431116 / 7431116 Kosten für die Rückführung von Ausländern

Fachbereich 3: Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Produkt 002.300.100: Melderegister und Personaldokumente

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4311006 / 6311006 Verwaltungsgebühren – Führerscheine	5232004 / 7232004 Kreisanteil Führerscheine

Produkt 002.320.100: Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 002.320.200: Vorbeugender Brandschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321117 / 6321117 Gebühren freiwillige Feuerwehr	5421006 / 7421006 Kostenerstattung freiwillige Feuerwehr

Produkt 002.330.050: Krankentransport und Rettungsdienst

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321103 / 6321103 Gebühren Leitstelle	5232001 / 7232001 Weiterleitung Leitstellengebühr an den Kreis Lippe

Fachbereich 5: Tiefbau und Immobilienmanagement

Produkt 001.500.100: Haus- und Grundstückservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4487001 / 6487001 Erstattung durch Haftpflichtschaden - Ausgleich	5441301 / 7441301 Abgeltung von Haftpflichtschäden

Produkt 012.510.100: Planung und Bau von Straßen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141029 / 6141029 Zuweisung vom Land -Breitbandversorgung-	5391105 / 7391105 Investitionszuschuss -Breitbandversorgung-
6811303 Zuwendung Land -Fuß- und Rad- wege- (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz	7852100 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen Straßen etc. (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz

Fachbereich 6: Stadtentwicklung

Produkt 009.600.100: Städtebauliche Planung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488036 / 6488036 Kostenerstattung Planungskosten	5291411 / 7291411 Untersuchungen, Gutachten und Fachpläne für Bauleitpläne für Externe

Produkt 014.620.100: Umweltschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009/ 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen
4591005 / 6591005 Ausgleichszahlungen nach der Baumschutzsatzung	5221004 / 7221004 Pflanzung von Bäumen, Gehölzen und Klettergewächsen

Fachbereich 8: Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen

Produkt 004.800.100: Kultur

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141015 / 6141015 Zuweis. d. Landes –Straßentheaterfest.-	
4141016 / 6141016 Zuweisungen des Landes für Kunst- und Kulturförderung	
4142015 / 6142015 Zuweis. d Kreises –Straßentheaterfest.-	
4145001 / 6145001 Sponsorengelder v. verb. Unternehmen	5499036 / 7499036 -Straßentheaterfestival-
4146002 / 6146002 Sponsorengelder von öffentlichen Sonderrechnungen	5431022 / 7431022 Sachaufwand Veranstaltungen In- door
4147005 / 6147005 Sponsorengelder von privaten Unter- nehmen -Straßentheaterfestival-	5499035 / 7499035 Detmolder Sommer
4148004 / 6148004 Sponsorengelder und sonstige Beiträge	
4321215 / 6321215 Standgelder -Straßentheaterfestival-	
4591008 / 6591008 Entgelte aus Veranstaltungen Indoor	
4591012 / 6591012 Entgelte aus Veranstaltungen Outdoor	
4148111 / 6148111 Sponsorengelder Detmolder Advent	5499111 / 7499111 Kulturprogramm Detmolder Advent

Produkt 015.820.100: Marketing

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148111 / 6148111 Sponsorengelder Detmolder Advent	5499111 / 7499111 Detmolder Advent

Produkt 004.830.100: Adlerwarte

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147004 / 6147004 Werbekostenzuschüsse	5431300 / 7431300 Drucksachen 5499044 / 7499044 Werbung
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148008 / 6148008 Patenschaften	5431151 / 7431151 Aufwendungen / Auszahlungen aus Patenschaften
4421007 / 6421007 Einnahmen aus Verkauf - Kiosk-	5431130 / 7431130 Wareneinkauf - Kiosk -

Produkt 001.840.100: Städtepartnerschaften

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4140005 / 6140005 Zuwendungen Bund 4141000 / 6141000 Zuweisungen Land 4148002 / 6148002 Zuweisungen der Europäischen Kommission 4488015 / 6488015 Erstattungen Dritter	5431132 / 7431132 Städtepartnerschaften
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.860.100: Stadtbücherei

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.880.100: Musikschule

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produktplan Fachbereich 02 Jugend, Schule, Soziales und Sport

Produktgruppe		Produkt	
200	Betreuung von Kindern	100	Kinder in und außerhalb von Tageseinrichtungen und in Tagespflege
		200	Kinder in der Offenen Ganztagschule
210	Förderung von jungen Menschen und ihren Familien	100	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz
		200	Förderung freier Träger der Jugendarbeit
220	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	100	Hilfen zur Erziehung
		200	Vormundschaften und Beistandschaften
		300	Unterhaltsvorschuss
		400	Schulsozialarbeit
230	Lebensunterhalt	100	Hilfe zum Lebensunterhalt
		200	Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
		300	Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)
240	Wohnen	100	Wohngeld
		200	Unterbringung in Notunterkünften
250	Betreuung, Beratung und Ausländerangelegenheiten	100	Betreuungsstelle
		200	Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf
		300	Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege
		400	Ausländerangelegenheiten
260	Schulen	100	Schulen
270	Sport- und Sportförderung	100	Sportförderung und Sportstätten
280	Förderzentrum	200	Förderzentrum

Ziele

1. Die Stadt Detmold schafft und sichert kinder-, jugend- und familiengerechte Entwicklungs- und Lebensbedingungen.
2. Die Stadt Detmold schafft und sichert soziale Gerechtigkeit für die in Detmold lebenden Menschen, fördert Teilhabe und wirkt Benachteiligungen entgegen.
3. Der Übergang von der schulischen Bildung in die berufliche Ausbildung ist auf der Basis qualifizierter Schulabschlüsse gewährleistet.
4. Für alle Schülerinnen und Schüler in Detmold existiert ein ausreichendes Ganztagsangebot.
5. Für sportliche Aktivitäten bestehen in Detmold günstige Rahmenbedingungen.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.888.202,06	13.462.102	14.339.287	14.450.287	14.596.987	14.791.287
+ Sonstige Transfererträge	2.607.710,93	2.118.000	2.234.000	2.234.000	2.234.000	2.234.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.826.613,87	2.980.050	3.408.317	3.463.412	3.346.650	3.375.650
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	151.734,93	162.050	149.050	149.050	149.050	149.050
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	645.430,99	669.135	673.750	674.400	675.057	675.720
+ Sonstige ordentliche Erträge	128.591,33	1.100	900	900	900	900
= Ordentliche Erträge	19.248.284,11	19.392.437	20.805.304	20.972.049	21.002.644	21.226.607
- Personalaufwendungen	8.366.885,10	8.864.492	9.657.091	9.812.960	9.892.180	10.001.501
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.408.258,42	2.958.280	3.302.764	3.087.364	2.952.804	2.960.804
- Bilanzielle Abschreibungen	681.022,44	448.545	482.116	545.616	564.816	580.216
- Transferaufwendungen	38.578.779,76	38.405.549	40.811.399	41.254.534	41.892.116	42.222.268
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	982.747,54	976.143	924.410	914.410	914.410	914.410
= Ordentliche Aufwendungen	51.017.693,26	51.653.009	55.177.780	55.614.884	56.216.326	56.679.199
= Ordentliches Ergebnis	-31.769.409,15	-32.260.572	-34.372.476	-34.642.835	-35.213.682	-35.452.592
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	37.300,00	0	0	0	0	0
= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-31.806.709,15	-32.260.572	-34.372.476	-34.642.835	-35.213.682	-35.452.592
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	66.879,52	61.140	66.540	66.540	66.540	66.540
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.856.729,57	1.872.835	1.945.160	1.965.473	1.992.223	2.014.768
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-1.789.850,05	-1.811.695	-1.878.620	-1.898.933	-1.925.683	-1.948.228
= Ergebnis	-33.596.559,20	-34.072.267	-36.251.096	-36.541.768	-37.139.365	-37.400.820

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.035.503,37	13.086.400	13.759.700	0	13.855.200	13.998.700	14.168.200
+ Sonstige Transfereinzahlungen	2.340.032,84	2.118.000	2.307.500	0	2.234.000	2.234.000	2.234.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.851.522,14	2.980.050	3.408.317	0	3.463.412	3.346.650	3.375.650
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	153.121,93	162.050	149.050	0	149.050	149.050	149.050
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	667.239,63	669.135	663.750	0	674.400	675.057	675.720
+ Sonstige Einzahlungen	599,00	1.100	900	0	900	900	900
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	18.048.018,91	19.016.735	20.289.217	0	20.376.962	20.404.357	20.603.520
- Personalauszahlungen	7.669.759,39	8.296.943	9.251.055	0	9.404.906	9.480.045	9.585.245
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.359.412,92	2.773.180	3.100.164	0	3.023.764	2.906.204	2.906.204
- Transferauszahlungen	37.983.615,01	39.818.502	41.828.143	0	41.636.976	41.939.116	42.255.518
- Sonstige Auszahlungen	999.790,88	998.727	949.996	0	914.460	914.460	914.460
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	49.012.578,20	51.887.352	55.129.358	0	54.980.106	55.239.825	55.661.427

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	- 30.964.559,29	-32.870.617	-34.840.141	0	-34.603.144	-34.835.468	-35.057.907
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	2.195,23	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.195,23	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen (Kassenwirksamkeit)	-6.740,77	783.000	60.000	100.000	1.095.000	0	622.000
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	176.290,43	349.900	913.100	0	(100.000) 468.900	(0) 412.300	(0) 436.600
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	169.549,66	1.132.900	973.100	100.000	1.563.900	412.300	1.058.600
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-167.354,43	-1.132.900	-973.100	-100.000	-1.563.900	-412.300	-1.058.600
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	- 31.131.913,72	-34.003.517	-35.813.241	-100.000	-36.167.044	-35.247.768	-36.116.507
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Finanztätigkeit	- 31.131.913,72	-34.003.517	-35.813.241	-100.000	-36.167.044	-35.247.768	-36.116.507

Planungsreport 2015

Fachbereich 2 Teilbudget Jugend

I. Ausgangslage und Ausblick

Die Aufgaben des Jugendamtes der Stadt Detmold sind im Wesentlichen Pflichtaufgaben.

Die Planungen für das Jahr 2015 gehen davon aus, dass im Bereich Jugend des Fachbereiches 2, Jugend, Schule, Soziales und Sport ,137 Mitarbeiter/innen (in rd. 109 Vollzeitstellen) beschäftigt sind. 72 Mitarbeiter/innen des Jugendamtes arbeiten in Teilzeit, das sind rd. 53 %.

Die Leistungspalette des Bereiches Jugend ist in drei Produktgruppen mit insgesamt acht Produkten gegliedert. Die einzelnen Produkte sind z. T. in Leistungen unterteilt; die Darstellung erfolgt auf Produktebene. Wesentliche Änderungen zu 2014 sind nicht erfolgt.

Die Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und Familien ist durch eine lebensweltorientierte und innovative Jugendhilfe positiv zu gestalten. Dieses ergibt sich auch aus der Verpflichtung des SGB VIII und dem gesellschaftlichen Auftrag, nach dem junge Menschen und Familien bei Bedarf Anspruch auf die geeignete, im konkreten Fall individuell richtige Hilfe haben. Die Familien sollen gestärkt und gefördert werden.

Das Jugendamt, bestehend aus der Verwaltung und dem Jugendhilfeausschuss, ist verpflichtet, Unterstützung mit hoher Fachlichkeit zu leisten.

Insbesondere an die strategischen Handlungsfelder, Familien und Bildung knüpft die Arbeit des Bereiches Jugend an. Darüber hinaus sind die Aktivitäten des Bereiches Jugend auch noch in besonderem Maße auf das Handlungsfeld Integration hin ausgerichtet.

Daraus abgeleitet ist das Fachbereichsziel definiert:

Die Stadt Detmold schafft und sichert kinder-, jugend- und familiengerechte Entwicklungs- und Lebensbedingungen.

Die Gesetzgeber auf Bundes- wie auf Landesebene haben in den letzten Jahren die rechtlichen Grundlagen in Teilbereichen der Jugendhilfe erheblich verändert. Dieses beeinflusst die Arbeit vor Ort und stellt sie vor neue Herausforderungen. Angesichts der fortdauernden Diskussion sowohl im Bereich der Bundes- wie der Landespolitik kann davon ausgegangen werden, dass dieser Prozess fortgeführt wird.

Der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in Kindertageseinrichtungen oder in Kindertagespflege für Kinder ab dem ersten Lebensjahr bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres ist seit dem 01.08.2013 in Kraft. Für Kinder ab dem dritten Lebensjahr bis zum Beginn der Schulpflicht gilt der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz weiterhin.

In den Jahren seit 2008 wurde die Kindergartenlandschaft in Detmold nahezu komplett umstrukturiert. Die Einrichtungen haben sich der Herausforderung des Ausbaus der Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren gestellt und sind dabei, ihr pädagogisches Konzept den aktuellen Erfordernissen anzupassen. Die Qualität der Arbeit wird nicht zugunsten der Quantität außer Acht gelassen, sondern regelmäßig überprüft.

Der Ausbau der Betreuungsplätze für unter 3-Jährige ist in Detmold nahezu abgeschlossen. Es kann konstatiert werden, dass der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege für Kinder ab einem Jahr und für Kinder ab drei Jahren in einer Kita erfüllt wurde.

In 39 von 43 Kitas werden Angebote für Kinder unter 3 Jahren vorgehalten. Damit ist ein außerordentlich effizienter und wirtschaftlicher Ausbau des U3-Angebotes in Detmold erfolgt.

Es ist festzustellen, dass sich das Land NRW nunmehr stärker als bisher an der Finanzierung der zusätzlichen Betriebskosten durch den U3- Ausbau beteiligt. Der finanzielle Ausgleich des Landes für das beitragsfreie Kindergartenjahr hat weiter Bestand, ebenso die Finanzierung von zusätzlichem Personal für Qualitätsverbesserungen.

Die zweite Revision des Kinderbildungsgesetzes ist ab dem 01.08.2014 in Kraft. Die Verbesserung von Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit im Kontext eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses ist darin als erklärtes Ziel der Landesregierung verankert. Durch eine zusätzliche Landesförderung von Kitas mit einem hohen Anteil von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf des Bildungsprozesses („plusKITA“) und der Neuausrichtung der sprachlichen Bildung („Sprachförderkita“) soll dieses Ziel gestützt werden.

In Detmold sind 8 Kitas benannt worden, die sich zu plusKitas weiter entwickeln können und dafür mit 25.000 Euro/jährlich gefördert werden, 13 Kitas werden im Rahmen der Sprachförderung mit unterschiedlich hohen Fördersummen unterstützt. Der Förderzeitraum beträgt in beiden Bereichen 5 Jahre (s. Drs.-Nr.:Fb 2/146/2014). Diese zusätzliche Landesförderung ist auch an den Finanzdaten des entsprechenden Produktes ablesbar.

In dem Bericht zur Situation der Kindertagesbetreuung in Detmold für das Kindergartenjahr 2014/2015, Planung für das Kindergartenjahr 2015/2016 und planerischer Ausblick (DS-Nr. FB 2/ 241/2014) sind die Planungsgrundlagen dargestellt, die in diesem Budget ihren monetären Niederschlag finden.

Für das Kindergartenjahr 2014/15 wurden einige Umstrukturierungen durchgeführt, um die Anzahl der Betreuungsplätze der sinkenden Kinderzahl und dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. In zwei Kitas wurden Plätze für 3- bis 6-Jährige zugunsten von Plätzen für unter 3-Jährige abgebaut bzw. umgewandelt sowie eine Kita-Gruppe komplett geschlossen. Obwohl durch diese Maßnahme 85 Plätze für die Altersgruppe der 3 – bis 6- Jährigen weniger angeboten wurden, stehen noch einige freie Plätze zur Verfügung. Die Versorgungsquote beträgt 94,8 %, etwa in gleicher Höhe bewegt sie sich im Kindergartenjahr 2015/16.

Die Versorgungsquote für die Altersgruppe der unter 3- Jährigen beträgt zum Kindergartenjahr 2014/15 im Stadtgebiet 35,1%, im Kindergartenjahr 2015/16 35,6 %. Einbezogen sind hier auch die 114 Betreuungsplätze bei Kindertagespflegepersonen, die im Vergleich zum Vorjahr leicht gesteigert werden konnten.

Da eine Bedarfsdeckung bei dieser Altersgruppe erreicht wurde, ist eine Aufstockung der Plätze zunächst nicht erforderlich. Für das Kindergartenjahr 2015/16 ist ebenfalls kein weiterer Ausbau geplant, da sich die Kinderzahl dieser Altersgruppe kaum verändert. Es muss jedoch beobachtet werden, inwieweit aktuelle Bedarfsentwicklungen weitere Anpassungen der Gruppenstrukturen notwendig machen.

Der Anteil der Ganztagsplätze mit Betreuungszeiten von 45 Stunden/Woche stieg auf 63,2 %.

Ebenfalls kontinuierlich ausgebaut wurde in den letzten Jahren die gemeinsame Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern. Der größte Teil der behinderten Kinder (69,4 %) wird heute in Regeleinrichtungen betreut.

Im Focus der vergangenen Jahre stand vor allem der quantitative Platzausbau im Bereich der Tagesbetreuung von Kindern. Es muss jedoch um mehr gehen, auch die Qualität der Betreuung muss konsequent weiterentwickelt werden. Die inhaltlichen, fachlichen Schwerpunkte der Arbeit im Bereich der Tagesbetreuung von Kindern sind insbesondere die Themen:

- Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung

Umsetzung der §§ 79 und 79 a SGB VIII in der Zusammenarbeit mit den Trägern sowie die Begleitung, Weiterentwicklung und Evaluierung der Familienzentren, der plusKitas und der Sprachförderkitas. Weiterhin soll die Entwicklung von trägerübergreifenden Fortbildungskonzepten sowie deren Durchführung in Zusammenarbeit mit der VHS erfolgen.

- Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes
- Auswertung des buddy-Projektes „Übergang Kita/Grundschule“ und sukzessive Ausweitung auf alle Kindertageseinrichtungen und Grundschulen im Stadtgebiet
- Weiterentwicklung aller Kitas in Richtung Inklusion
- Implementierung des qualitativen Berichtswesens
- Flexibilisierung der Öffnungszeiten/Betreuungszeiten

Darüber hinaus ist die Beteiligung an einem IT-basierten vereinheitlichten Anmeldeverfahren geplant, um frühzeitig und zentral über gesicherte Daten verfügen zu können und um so den Eltern künftig mehr Planungssicherheit geben zu können.

Diese Themen sollen die Qualität der Tagesbetreuung in Detmold weiter sichern und ausbauen und sind beteiligungsorientiert zu bearbeiten.

Im Bereich der Schulkinderbetreuung in der Primarstufe sind zum Schuljahr 2014/15 4 neue Gruppen eingerichtet worden. Damit stehen zum Schuljahr 2014/2015 insgesamt 1474 Plätze im offenen Ganztags zur Verfügung. Die Versorgungsquote der Kinder im Grundschulalter beträgt unter Einbeziehung der Hortplätze der Villa am Hügel 48,1 %.

Neben der stetigen quantitativen Ausweitung ist die Steigerung der Qualität in den Detmolder Offenen Ganztagschulen ein ständiges Prozess begleitendes Thema.

Operationalisierbare Ziele und Kennzahlen sind im Rahmen einer trägerübergreifenden Arbeitsgruppe entwickelt worden. Für die Umsetzung und deren Evaluierung ist die Erarbeitung schulübergreifender Konzepte erforderlich sowie die Implementierung des qualitativen Berichtswesens zum Schuljahr 2014/15.

Die finanziellen Auswirkungen der oben beschriebenen Planungen und Beschlüsse sind im Budget 2015 wiederum deutlich ablesbar.

Trotz enorm angespannter Finanzlage ist bisher an den in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen des Rates, mit denen familien-, sozial- und bildungspolitische Akzente für die Menschen in Detmold gesetzt wurden, festgehalten worden. Dieses macht die hohe kommunalpolitische Priorität deutlich, die dieser Bereich in Detmold hat.

Weitere Schwerpunkte der Arbeit des Jugendamtes sind die Hilfen zur Erziehung und die Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes.

Dieses Gesetz normiert mit seinen Inhalten die Praxis des Kinderschutzes und zielt auf die Stärkung des aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen durch Frühe Hilfen und die Schaffung verlässlicher Kooperationsnetzwerke ab. Kinder sollen durch Prävention und Intervention besser vor Vernachlässigung geschützt werden. Schon in den letzten Jahren ist im Rahmen der Präventionsarbeit im Jugendamt u. a. der Bereich „Frühe Hilfen“ aufgebaut worden. Die in Detmold bereits begonnenen Maßnahmen sollen weitergeführt und neue entwickelt werden.

Besondere Bedeutung sollen dabei die Komponenten Stärkung der Familien durch den Einsatz von Frühen Hilfen sowie Beratungsangebote haben.

Der weitere Aufbau des Netzwerkes Kinderschutz sowie die Aktualisierung bzw. der weitere Abschluss von Vereinbarungen mit den vor Ort tätigen freien Trägern der Jugendhilfe sowie den Schulen ist ebenso fortzuführen wie die Entwicklung eines Handlungsleitfadens Kinderschutz mit den entsprechenden Institutionen.

Bestimmte Aspekte werden jugendamtsübergreifend im Kreisgebiet bearbeitet. Darüber hinaus sind entsprechend § 79 a SGB VIII im Rahmen der Jugendhilfeplanung Grundsätze, Maßnahmen und Maßstäbe für die Qualitätsentwicklung aller Aufgaben der Jugendhilfe zu vereinbaren.

Im Bereich Hilfen zur Erziehung liegen die Plandaten 2015 der stationären Hilfen in der Heimerziehung und in Pflegefamilien gering unter bzw. auf dem Wert des Vorjahres. Eine Bewertung dieser Entwicklung ist nur sehr vorsichtig vorzunehmen. Die langjährige Präventionsarbeit sowie der vermehrte Einsatz von ambulanten Hilfen können hier ursächlich sein. Aufgrund der Entwicklung im 1. Halbjahr 2014 ist der Planwert für die ambulanten Hilfen für 2015 angehoben worden. Die teilstationären Hilfen haben sich im Laufe der vergangenen zwei Jahre reduziert, entsprechend ist der Planwert für 2015 angepasst worden.

Nachdem in den vergangenen Jahren aufgrund der Entwicklung der Hilfen die Kapazitäten im Bereich der Sozialarbeit angepasst worden sind, war in diesem Jahr aufgrund des Aufwuchses auch eine Aufstockung des Personals im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe erforderlich.

Eine weitere Stärkung der Präventionsarbeit sowie die Verselbstständigung von Jugendlichen im stationären Bereich sind weiterhin Schwerpunkte der Arbeit.

Im Bereich der gesetzlichen und bestellten Vormundschaften bzw. Pflegschaften ist aufgrund der Entwicklung in 2014 ebenso wie in den Beistandschaften der Planwert der betreuten Kinder für 2015 gesenkt worden.

Der Ausbau der Schulsozialarbeit in den Grundschulen und weiterführenden Schulen sowie im Rahmen der Erweiterung des inklusiven Unterrichts auf der Grundlage der Rahmenkonzeption Schulsozialarbeit in Detmold ist im März 2014 vom Rat beschlossen worden (s. Ds-Nr.: FB 2/066/2014).

Die erste Stufe des Ausbaues ist zum 01.08.2014 umgesetzt worden. Die monetären Auswirkungen hierfür und für die zweite Stufe ab 01.08.2015 sind in den Budgetentwurf eingearbeitet. Entsprechend Ratsbeschluss ist jetzt die Weiterentwicklung an den einzelnen Schulen einzuleiten. Auf der Grundlage der Rahmenkonzeption ist an den einzelnen Schulen eine spezifische Aufgabenbeschreibung und ein eigenes Konzept zur Schulsozialarbeit zu entwickeln und im Schulprogramm zu verankern. Dabei sind alle Akteure am Bildungsort Schule zu beteiligen und die Fachkraft für die Koordination der kommunalen Schulsozialarbeit einzubeziehen.

In 2014 wird die Implementierung des integrierten EDV-Verfahrens im Jugendamt weitgehend abgeschlossen sein und damit die Auswertung, Planung und Steuerung der Hilfen noch effizienter erfolgen können.

In den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz gilt es, den Kinder- und Jugendförderplan für die Jahre 2015 bis 2021 fertig zu stellen und den politischen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Die Arbeit in diesem Bereich ist ebenfalls durch vielfältige Projekte, die z. T. mit anderen Trägern durchgeführt werden, geprägt. Entsprechende Projektmittel des Landesjugendamtes sind in der Regel erst unterjährig zu akquirieren.

Des Weiteren sind Leistungen des Jugendamtes u. a. in nachstehenden Kooperationsprojekten gebündelt:

- Mobile Jugendarbeit – Betreuung der örtlichen Jugendarbeit; Betreuung der einzelnen Jugendgruppen in verschiedenen Ortsteilen sowie der situationsbezogenen und kurzfristig anzutreffenden Jugendgruppen
- Polizei – u. a. sozialer Trainingskurs, Konzept Mehrfachtäter
- Ortsteile – Unterstützung der Arbeit der Sozialraumarbeitsgemeinschaften

Wie in den zurückliegenden Jahren beinhaltet auch dieses Budget in Zeiten knapper Ressourcen den Erhalt und z. T. Ausbau des erreichten fachlichen Standards der Detmolder Jugendhilfe. Die aktuellen Diskussionen und Gesetzgebungsverfahren in Bund und Land müssen weiter im Blick sein. Ihre Auswirkungen auf das Dienstleistungsangebot und die Arbeit des Jugendamts sind zu analysieren und in der Aufgabenstellung, personellen Ausstattung sowie bei der Qualifizierung der Mitarbeiter/innen zu berücksichtigen.

II. Finanzen

Die Wirtschaftspläne geben eine Darstellung der Finanzen im Teilergebnisplan (Ertrags- und Aufwandsarten) und Teilfinanzplan (Ein- und Auszahlungsarten).

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2013 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird der Entwurf des Jahresabschlusses 2013 vom 28.11.2014 ausgewiesen.

a. Teilergebnisplan

Im Teilergebnisplan werden das Ressourcenaufkommen und der Ressourcenverbrauch abgebildet.

Die Ertragsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Zuwendungen und allgemeine Umlagen	13.445.397 Euro
Differenz zu 2014: + 645.799 Euro	
Die wesentlichen Erträge hier ergeben sich aus Zuweisungen des Landes zur Betreuung von Kindern (Kindertageseinrichtungen und -tagespflege, Offene Ganztagschulen); außerdem sind Zuweisungen zu Jugendzentren und Schulsozialarbeit (Konnextitätszahlung zur Inklusion). Die Steigerung gegenüber 2014 ergibt sich im Wesentlichen aus Zuweisungen zu Tageseinrichtungen (Kindpauschalen und Revision KiBiz)	
Sonstige Transfererträge	1.615.500 Euro
Differenz zu 2014: - 74.500 Euro	
Einnahmen Unterhaltsvorschuss, Erstattungen zu Hilfen zur Erziehung Die Erträge wurden entsprechend der Entwicklung in 2014 reduziert.	
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.735.000 Euro
Differenz zu 2014: + 165.000 Euro	
Elternbeiträge Tageseinrichtungen, Tagespflege und Offene Ganztagschulen Inkl. der Elternbeiträge der zusätzlichen Gruppen in der OGS haben sich diese Erträge positiv entwickelt.	
Privatrechtliche Leistungsentgelte	500 Euro
Differenz zu 2014: - 1.350 Euro	
Vermietungen städtischer Einrichtungen	
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	600.850 Euro
Differenz zu 2014: - 14.985 Euro	
Erstattungen Land für Unterhaltsvorschuss, Einnahmen durch Veranstaltungen und Ferienspiele der Jugendzentren, Jugendschutzprojekte, Elternanteil	

zur Beförderung und Verpflegung in städtischen Tageseinrichtungen
Aufgrund Reduzierung des Aufwandansatzes im Unterhaltsvorschuss wurden die
Kostenerstattungen angepasst.

Ordentliche Erträge insgesamt **18.397.247 Euro**

Differenz zu 2014: + 719.964 Euro

Die Aufwandsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Personalaufwendungen **6.179.285 Euro**

Differenz zu 2014: + 293.513 Euro

Die Anmeldung der Aufwendungen für 2015 basiert auf den Entwicklungen
in 2014 und orientiert sich an einheitlich festgelegten Eckpunkten (s. Vorbericht
zum Haushaltsplan 2015). Die Differenz zu 2014 beinhaltet zum großen Teil den
personellen Ausbau der Schulsozialarbeit in Detmold (DS-Nr. Fb 2/066/2014).

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen **222.530 Euro**

Differenz zu 2014: + 14.130 Euro

Die Arbeiten im Außengelände der Kita Goerg-Weerth finden erst in 2015 statt.
Der Ansatz erhöht sich entsprechend.

Bilanzielle Abschreibungen **21.219 Euro**

Differenz zu 2014: - 1.000 Euro

Werteverzehr für Inventar und Geräte in den Tageseinrichtungen,
Jugendzentren und Verwaltung

Transferaufwendungen **37.625.847 Euro**

Differenz zu 2014: + 1.389.500 Euro

Betriebskostenzuschüsse Kindertageseinrichtungen und Zuschüsse aufgrund
Revision KiBiz, Aufwand Hilfen zur Erziehung, Zuschüsse zu Offenen
Ganztagsschulen, Betreuung außerhalb Tageseinrichtungen, Unterhalts-
vorschuss, finanzielle Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger,
Investitionszuschüsse Jugendeinrichtungen
Neben Aufwandserhöhungen zu Offenen Ganztagsschulen (plus 4 Gruppen) und
zur Tagepflege (Anhebung der Bezahlung der Betreuung) gibt es vor allen Dingen
Steigerungen in den Zuschüssen zu Tageseinrichtungen (Betriebskosten, Revision
KiBiz).

Sonstige ordentliche Aufwendungen **184.905 Euro**

Differenz zu 2014: - 7.325 Euro

Fortschreibung Jugendförderplan, Sachausgaben städtische Einrichtungen
(z.B. Veranstaltungen, Spielsachen, Gebrauchs- und Verbrauchsmaterial,
Versicherungen)

Ordentliche Aufwendungen insgesamt **44.233.786 Euro**

Differenz zu 2014: + 1.688.818 Euro

Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen **1.327.791 Euro**

Differenz zu 2014: + 8.753 Euro

Ergebnis

- 27.164.330 Euro

Differenz zu 2014: - 977.607 Euro

b. Teilfinanzplan

Im Teilfinanzplan werden die Zahlungsströme dargestellt. Die Finanzvorgänge, die keine Ein- oder Auszahlungen verursachen, werden nicht aufgeführt. Dafür sind hier die finanziellen Verbindlichkeiten, die sich aus Verträgen ergeben, enthalten. Außerdem werden die Investitionen und ihre Finanzierung abgebildet.

Gegenüber dem Teilergebnisplan ergeben sich folgende Unterschiede:

Zuwendungen und allgemeine Umlagen Die Einzahlungen sind nur geringfügig geringer als Erträge im Teilergebnisplan (Grund: Auflösung von Sonderposten nur im Ergebnisplan).	13.424.000 Euro
Sonstige Transfereinzahlungen Die Einzahlungen sind um 73.500 Euro höher aufgrund von Eingängen der Erträge, die das Vorjahr betreffen in 2015 (Hilfen zur Erziehung).	1.689.000 Euro
Kostenerstattungen Die Kostenerstattungen sind um 10.000 Euro geringer aufgrund unterjähriger Anpassungen (Hilfen zur Erziehung).	590.850 Euro
Personalauszahlungen Die Auszahlungen sind um 212.006 Euro geringer als die Aufwendungen im Teilergebnisplan, da Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach beamtenrechtlichen Vorschriften (Pensionen und Beihilfen für aktive Beamte und Versorgungsempfänger) und Altersteilzeit nicht finanzwirksam sind.	5.967.279 Euro
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen Die Auszahlungen sind insgesamt um 60.300 Euro geringer als die Aufwendungen. Ersatzbeschaffungen für kleinere Ausstattungsgegenstände werden über Festwert als Aufwand im Teilergebnisplan gebucht. Die entsprechenden Auszahlungen entstehen im Teilfinanzplan nicht auf einem separaten Konto, sondern in den Investitionsmaßnahmen.	162.230 Euro
Transferauszahlungen Die Auszahlungen sind insgesamt um 879.767 Euro höher als die Aufwendungen im Teilergebnisplan. Die finanziellen Verbindlichkeiten aufgrund von Verträgen und der Bezahlung der Rechnungen für 2014 nach Eingang in 2015 sind in die Transferauszahlungen 2015 eingeplant.	38.505.614 Euro
Sonstige Auszahlungen Die Abwicklung der Anschaffungen über Spenden laufen unterjährig über Abgrenzungsposten, so dass im Teilergebnisplan kein Ansatz für Aufwendungen eingeplant wird.	210.491 Euro

Die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen in Höhe von 1.327.791 Euro und die bilanziellen Abschreibungen in Höhe von 21.219 Euro sind nur im Teilergebnisplan enthalten.

Investitionstätigkeit

Für Investitionsmaßnahmen in den städtischen Tageseinrichtungen für Kinder, den Jugendzentren und dem Verwaltungsbereich sind in 2015 Ausgaben für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen in Höhe von 85.700 Euro geplant.

Teilergebnisplan	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
Ertrags- und Aufwandsarten in €	2013	2014	2015	2016	2017	2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.093.802,48	12.799.598	13.445.397	13.540.897	13.684.397	13.853.897
+ Sonstige Transfererträge	2.263.851,38	1.690.000	1.615.500	1.615.500	1.615.500	1.615.500
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.552.955,22	2.570.000	2.735.000	2.763.000	2.791.000	2.820.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	202,00	1.850	500	500	500	500
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	589.416,78	615.835	600.850	600.850	600.850	600.850
+ Sonstige ordentliche Erträge	66.330,00	0	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	17.566.557,86	17.677.283	18.397.247	18.520.747	18.692.247	18.890.747
- Personalaufwendungen	5.530.925,82	5.885.772	6.179.285	6.300.683	6.345.112	6.419.390
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	127.811,79	208.400	222.530	163.030	162.030	162.030
- Bilanzielle Abschreibungen	24.598,59	22.219	21.219	21.219	21.219	21.219
- Transferaufwendungen	36.393.880,25	36.236.347	37.625.847	38.010.505	38.640.587	38.956.489
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	220.448,35	192.230	184.905	174.905	174.905	174.905
= Ordentliche Aufwendungen	42.297.664,80	42.544.968	44.233.786	44.670.342	45.343.853	45.734.033
= Ordentliches Ergebnis	-24.731.106,94	-24.867.685	-25.836.539	-26.149.595	-26.651.606	-26.843.286
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.219.612,03	1.319.038	1.327.791	1.342.788	1.360.563	1.377.057
= Ergebnis	-25.950.718,97	-26.186.723	-27.164.330	-27.492.383	-28.012.169	-28.220.343

Teilfinanzplan	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	VE	Planung	Planung	Planung
Ein- und Auszahlungsarten in €	2013	2014	2015	2015	2016	2017	2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.763.836,10	12.778.500	13.424.000	0	13.519.500	13.663.000	13.832.500
+ Sonstige Transfereinzahlungen	1.999.518,23	1.690.000	1.689.000	0	1.615.500	1.615.500	1.615.500
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.555.009,08	2.570.000	2.735.000	0	2.763.000	2.791.000	2.820.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	386,00	1.850	500	0	500	500	500
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	616.867,44	615.835	590.850	0	600.850	600.850	600.850
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	16.935.616,85	17.656.185	18.439.350	0	18.499.350	18.670.850	18.869.350
- Personalauszahlungen	5.060.537,74	5.511.261	5.967.279	0	6.088.600	6.130.909	6.203.045
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	116.451,27	148.900	162.230	0	145.230	145.230	145.230
- Transferauszahlungen	35.933.200,52	37.513.723	38.505.614	0	38.338.947	38.640.587	38.956.489
- Sonstige Auszahlungen	218.652,93	214.814	210.491	0	174.955	174.955	174.955
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	41.328.842,46	43.388.698	44.845.614	0	44.747.732	45.091.681	45.479.719
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-24.393.225,61	-25.732.513	-26.406.264	0	-26.248.382	-26.420.831	-26.610.369
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	2.195,23	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.195,23	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	17.760,86	108.900	85.700	0	34.700	33.700	33.700
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	17.760,86	108.900	85.700	0	34.700	33.700	33.700
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-15.565,63	-108.900	-85.700	0	-34.700	-33.700	-33.700
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-24.408.791,24	-25.841.413	-26.491.964	0	-26.283.082	-26.454.531	-26.644.069
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Finanztätigkeit	-24.408.791,24	-25.841.413	-26.491.964	0	-26.283.082	-26.454.531	-26.644.069

Kurzbeschreibung

Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in städtischen Kindertageseinrichtungen, Förderung der Kindertagespflege und der Tageseinrichtungen freier Träger; Beratung von Personensorgeberechtigten und Kindertagespflegepersonen; Gewährung der Betriebskostenzuschüsse an Kindertageseinrichtungen

Ziele

- Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch bedarfsorientierte Sicherung von Betreuungsplätzen
- Förderung der Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder in einer Gruppe unter Berücksichtigung individueller Faktoren zur Persönlichkeitsentwicklung
- Vermittlung von sozialer und emotionaler Kompetenz
- Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und den Eltern
- Gemeinsame Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder

Auftragsgrundlage

SGB VIII, KiBiz, DVO-KiBiz, Vereinbarung zu den Grundsätzen über die Qualifikation und dem Personalschlüssel nach § 26 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz KiBiz), Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der gemeinsamen Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder von 2013, Kindergartenbedarfsplan, Rats- und Jugendhilfeausschussbeschlüsse, Richtlinien der Stadt Detmold zur Förderung der Spielgruppen ab 2006, Richtlinien der Stadt Detmold zur Förderung von Kindern in Kindertagespflege ab 2013

Zielgruppe

Kinder bis zum Beginn der Schulpflicht, ihre Eltern und gesetzliche Vertreter/innen

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	53,30	57,45	57,49	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
betreute Kinder in Einrichtungen unter 3 Jahre	Anz.	586	610	591	0	0	0
betreute Kinder in Einrichtungen von 3 - 6 Jahre	Anz.	2.065	2.070	1.994	0	0	0
betreute Kinder in heilpädagogischen Einrichtungen	Anz.	52	50	50	0	0	0
betreute Kinder in Einrichtungen mit gemeinsamer Erziehung	Anz.	57	60	60	0	0	0
betreute Kinder außerhalb von Tageseinrichtungen (Spielgruppen)	Anz.	43	70	60	0	0	0
betreute Kinder in der Tagespflege	Anz.	108	120	114	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind außerhalb von Tageseinrichtungen (Spielgruppen)	€	774	632	688	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind in der Tagespflege	€	4.570	4.172	5.198	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind in Tageseinrichtungen	€	8.478	8.302	9.076	-	-	-
Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge in den Tageseinrichtungen	%	13,40	13,55	14,17	-	-	-
Versorgungsquote unter 3 Jahre	%	34	36	36	-	-	-
Versorgungsquote 3 - 6 Jahre (bis zum Beginn der Schulpflicht)	%	97	98	96	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	10.536.419,52	11.273.150	11.700.650	11.840.150	12.007.650	12.177.150
+ Sonstige Transfererträge	150.992,42	6.000	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.160.040,22	2.185.000	2.275.000	2.298.000	2.321.000	2.345.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	130,00	350	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	96.785,33	101.000	99.850	99.850	99.850	99.850
+ Sonstige ordentliche Erträge	3,00	0	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	12.944.370,49	13.565.500	14.075.500	14.238.000	14.428.500	14.622.000
- Personalaufwendungen	2.798.061,38	2.914.600	2.994.800	3.022.701	3.052.925	3.083.449
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	117.535,64	146.100	161.600	144.100	144.100	144.100
- Bilanzielle Abschreibungen	18.710,15	18.000	16.000	16.000	16.000	16.000
- Transferaufwendungen	20.380.743,56	20.026.736	21.290.136	21.608.459	21.950.876	22.264.375
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	53.376,59	60.700	61.620	51.620	51.620	51.620
= Ordentliche Aufwendungen	23.368.427,32	23.166.136	24.524.156	24.842.880	25.215.521	25.559.544
= Ordentliches Ergebnis	-10.424.056,83	-9.600.636	-10.448.656	-10.604.880	-10.787.021	-10.937.544
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	557.398,96	540.479	570.218	577.298	585.002	592.853
= Ergebnis	-10.981.455,79	-10.141.115	-11.018.874	-11.182.178	-11.372.023	-11.530.397

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	10.200.271,90	11.252.500	11.680.000	0	11.819.500	11.987.000	12.156.500
+ Sonstige Transfereinzahlungen	458.365,02	6.000	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.158.760,02	2.185.000	2.275.000	0	2.298.000	2.321.000	2.345.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	130,00	350	0	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	96.951,67	101.000	99.850	0	99.850	99.850	99.850
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	12.914.478,61	13.544.850	14.054.850	0	14.217.350	14.407.850	14.601.350
- Personalauszahlungen	2.651.321,95	2.804.385	2.968.219	0	2.997.897	3.027.874	3.058.148
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	111.263,88	139.500	154.600	0	137.600	137.600	137.600
- Transferauszahlungen	20.311.189,59	20.276.310	21.363.603	0	21.651.604	21.950.876	22.264.375
- Sonstige Auszahlungen	54.067,58	81.784	85.575	0	51.620	51.620	51.620
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	23.127.843,00	23.301.979	24.571.997	0	24.838.721	25.167.970	25.511.743
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	10.213.364,39	-9.757.129	-10.517.147	0	-10.621.371	-10.760.120	-10.910.393
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	8.367,87	39.000	29.400	0	20.900	20.900	20.900
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	8.367,87	39.000	29.400	0	20.900	20.900	20.900
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	10.221.732,26	-9.796.129	-10.546.547	0	-10.642.271	-10.781.020	-10.931.293

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	65,6	0,0	8,4	39,0	29,4	0,0	20,9	20,9	20,9
Saldo Investitionstätigkeit	-65,6	0,0	-8,4	-39,0	-29,4	0,0	-20,9	-20,9	-20,9

Erläuterungen

Für das Jahr 2015 werden aufgrund der gemeldeten Kinder und des Buchungsverhaltens der Eltern die Kindpauschalen höher sein als in der Planung 2014. Das heißt, dass es mehr Landeszuweisungen zu den Betriebskosten inkl. Ausgleichszahlung zum letzten freien Kita-Jahr und Sonderpauschale für die U3-Förderung geben wird.

Die Anmeldung beinhaltet außerdem durch die Revision des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) Mittel für plus-Kita (zusätzliches Personal für Einrichtungen in bestimmten Stadtteilen), Sprachförderung (alltagsintegrierte, sprachliche Förderung jedes Kindes) und Verfügungspauschale (Unterstützung des Personals). Durch diese Zuweisungen beabsichtigt das Land NRW die Qualität in den Einrichtungen zu verbessern; mehr Bildungschancen und -gerechtigkeit rücken in den Mittelpunkt.

Auch die Entwicklung der Elternbeiträge (Kostenart öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte) für die Tageseinrichtungen und Tagespflege wird für 2015 mit einem Anstieg bewertet.

Die Transferaufwendungen beinhalten zu einem sehr großen Teil die Weitergabe der o.g. Landeszuweisungen, außerdem wurde der Aufwand für die Förderung der Tagespflege durch Anhebung der Bezahlung der Tagespflegepersonen erhöht.

Die Personalaufwendungen wurden für das Jahr 2015 angepasst.

Die Planwerte der Leistungsdaten für 2015 ergeben sich aus der Kindergartenbedarfsplanung. Während der Wert der Versorgungsquote unter 3 Jahre auf 36 % bleibt, wird der Wert der Versorgungsquote 3 - 6 Jahre auf 96 % reduziert.

Die Transferauszahlungen beinhalten auch die vertraglichen Zuschüsse an die Villa am Hügel (Gesamtleitung, Weiterbetrieb Hortgruppe). In der Gruppe werden weiterhin 20 Betreuungsplätze vorgehalten.

Kurzbeschreibung

Ganzheitlicher Förderauftrag in einem Dreiklang von Bildung, Erziehung und Betreuung, Kooperation von Schule, Kinder- und Jugendhilfe und außerschulischen Partnern, Durchführen vielfältiger Förderkurse, Sport-, Kultur- und Freizeitangebote

Ziele

- Verknüpfen der Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsaufträge von Schule und Kinder- und Jugendhilfe
- Ausbau der sozialen Kompetenzen der Grundschulkinder
- Zusammenbringen unterschiedlicher Professionen und Know-hows
- Stärken der Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Schulen
- Aufrechterhalten der Qualitätsstandards bzw. Weiterentwicklung
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Kein Ausgrenzen sozialschwacher Familien
- Berücksichtigung der besonderen Stellung der Träger der freien Jugendhilfe
- Zur Verfügung stellen von Plätzen für mindestens 35 % der Schulkinder im Primarbereich

Auftragsgrundlage

Erlass vom Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW vom 12.02.2003; Rats-/ Jugendhilfeausschuss- und Schulausschussbeschlüsse

Zielgruppe

Kinder des Primarbereiches, ihre Eltern oder gesetzliche Vertreter/innen

Politisches Gremium

Jugendhilfe- und Schulausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	1,09	1,26	1,18	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
betreute Kinder	Anz.	1.360	1.374	1.474	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge	%	14,08	12,66	13,40	13,54	13,69	13,83
Zuschuss je Kind	€	2.052	2.213	2.330	-	-	-
Versorgungsquote	%	48	45	48	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.383.200,00	1.407.000	1.494.000	1.494.000	1.494.000	1.494.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	392.915,00	385.000	460.000	465.000	470.000	475.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	698,50	0	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	1.776.813,50	1.792.000	1.954.000	1.959.000	1.964.000	1.969.000
- Personalaufwendungen	66.075,67	71.420	69.390	70.084	70.786	71.493
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	300	0	500	500	500
- Bilanzielle Abschreibungen	379,93	219	219	219	219	219
- Transferaufwendungen	2.857.699,63	3.113.000	3.504.000	3.504.000	3.504.000	3.504.000

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	123,91	200	0	0	0	0
= Ordentliche Aufwendungen	2.924.279,14	3.185.139	3.573.609	3.574.803	3.575.505	3.576.212
= Ordentliches Ergebnis	-1.147.465,64	-1.393.139	-1.619.609	-1.615.803	-1.611.505	-1.607.212
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	182.678,62	229.697	235.122	237.533	240.001	242.575
= Ergebnis	-1.330.144,26	-1.622.836	-1.854.731	-1.853.336	-1.851.506	-1.849.787

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.387.835,00	1.407.000	1.494.000	0	1.494.000	1.494.000	1.494.000
+ Sonstige Transfereinzahlungen	690,00	0	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	396.249,06	385.000	460.000	0	465.000	470.000	475.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	313,29	0	0	0	0	0	0
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.785.087,35	1.792.000	1.954.000	0	1.959.000	1.964.000	1.969.000
- Personalauszahlungen	64.651,99	70.301	69.390	0	70.084	70.786	71.493
- Transferauszahlungen	2.857.699,63	3.113.000	3.504.000	0	3.504.000	3.504.000	3.504.000
- Sonstige Auszahlungen	93,53	200	0	0	0	0	0
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.922.445,15	3.183.501	3.573.390	0	3.574.084	3.574.786	3.575.493
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.137.357,80	-1.391.501	-1.619.390	0	-1.615.084	-1.610.786	-1.606.493
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	300	0	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	300	0	0	500	500	500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-1.137.357,80	-1.391.801	-1.619.390	0	-1.615.584	-1.611.286	-1.606.993

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,3	0,0	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,3	0,0	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Zum Schuljahr 2014 / 2015 stehen planerisch durch den Rat beschlossen insgesamt 60 Gruppen an 13 Schulen mit 1.474 Betreuungsplätzen zur Verfügung. In der Hasselbachschule, Freiligrathschule, Regenbogenschule Standort Remmighausen und im Bildungshaus Weerthschule ist jeweils eine Gruppe mehr geplant; die Erträge sind entsprechend aktualisiert.

Für 2015 wird die Versorgungsquote auf 48 % angehoben.

Lt. Ratsbeschluss vom 11.07.2013 (DS-Nr. Fb2/191/2013) erfolgt ab dem 01.08.2014 u.a. die Finanzierung der individuellen Förderung in Höhe der erhöhten Landesmittel, die das Land zusätzlich jährlich gewährt. Die zusätzlichen Gruppen und die Weitergabe der erhöhten Landesmittel für das gesamte Kalenderjahr ergeben in den Transferaufwendungen für das Jahr 2015 eine Steigerung.

In der Kostenart öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte konnte der Ansatz der Elternbeiträge für 2015 aufgrund der Entwicklungen in 2014 erhöht werden; die Kennzahl "Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge" steigt entsprechend.

Im Personaleinsatz gibt es kleine Anpassungen im Overhead.

Kurzbeschreibung

Wahrnehmung gesetzlicher und erzieherischer Aufgaben, Angebote von präventiven Maßnahmen, Koordinierung der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit;

Freizeit- und Bildungsangebote innerhalb und außerhalb der jeweiligen Einrichtung, die unter Berücksichtigung der Sozialstruktur des Einzugsbereiches an den verschiedenen Interessen und Lebenslagen von jungen Menschen anknüpfen und ihre Entwicklung fördern

Ziele

- Junge Menschen sind informiert über gefährdende Einflüsse, Stoffe und Handlungen und können sich entsprechend schützen.
- Eltern und Multiplikatoren sind sensibilisiert für kinder- und jugendgefährdende Einflüsse.
- Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Detmold im Sinn des KJHG sind effizient koordiniert.
- Förderung von jungen Menschen in ihrer individuellen, sozialen und kulturellen Entwicklung unter Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse
- Förderung der Partizipation
- Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen
- Abbau geschlechtsspezifischer Benachteiligung
- Nutzung von Synergieeffekten durch enge Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen, vor allem Schulen

Auftragsgrundlage

SGB VIII, Jugendschutzgesetz (JuSchG) und andere Schutzvorschriften, Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFöG), Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Detmold, Rats- und Jugendhilfeausschussbeschlüsse

Zielgruppe

Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene bis 27 Jahre,
örtliche Vereine und Verbände, Schulklassen, Kindergärten, Eltern,
neben- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, Multiplikatoren

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	8,53	9,62	9,55	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durch Projekte erreichte Kinder und Jugendliche von 6-17 Jahren im Jugendschutz	Anz.	1.588	950	950	-	-	-
Besucher im Style / Woche	Anz.	52	50	50	0	0	0
Besucherinnen im Style / Woche	Anz.	21	20	10	0	0	0
Angebote für Jungen	Anz.	2	10	10	-	-	-
Besucher im Jugendzentrum Detmold-West / Woche	Anz.	37	60	60	0	0	0
Besucherinnen im Jugendzentrum Detmold-West / Woche	Anz.	5	25	10	0	0	0
Teilnehmerinnen an Angeboten im Jugendzentrum Detmold-West / Woche	Anz.	26	25	15	0	0	0
Besucher im Kinder- und Jugendtreff Domizil / Woche	Anz.	57	90	70	0	0	0
Besucherinnen im Kinder- und Jugendtreff Domizil / Woche	Anz.	17	20	20	0	0	0

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Teilnehmer an Angeboten im Kinder- und Jugendtreff Domizil / Woche	Anz.	49	45	40	0	0	0
Teilnehmerinnen an Angeboten im Kinder- und Jugendtreff Domizil / Woche	Anz.	64	55	50	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Besucher/in in den Jugendzentren	€	99	64	80	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind und Jugendliche/r im Jugendschutz	€	110	153	140	-	-	-
Anteil der Mädchen an Besucherzahl im offenen Bereich im Jugendzentrum Detmold-West	%	12,4	29,4	14,3	-	-	-
Anteil der Mädchen an Besucherzahl im offenen Bereich im Domizil	%	23,4	18,2	22,2	-	-	-
Anteil der Mädchen an Teilnehmerzahl an Angeboten im Jugendzentrum Detmold-West	%	53,5	50,0	68,2	-	-	-
Anteil der Mädchen an Teilnehmerzahl an Angeboten im Domizil	%	56,7	55,0	55,6	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	127.322,51	75.343	75.642	75.642	75.642	75.642
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	72,00	1.500	500	500	500	500
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10.750,85	12.600	11.500	11.500	11.500	11.500
+ Sonstige ordentliche Erträge	12.533,11	0	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	150.678,47	89.443	87.642	87.642	87.642	87.642
- Personalaufwendungen	474.687,71	498.512	501.234	506.249	511.309	516.423
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.922,54	9.300	8.950	7.450	7.450	7.450
- Bilanzielle Abschreibungen	2.770,37	3.000	4.000	4.000	4.000	4.000
- Transferaufwendungen	6.764,42	11.000	10.000	10.000	203.800	203.800
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	129.992,95	97.970	101.000	101.000	101.000	101.000
= Ordentliche Aufwendungen	619.137,99	619.782	625.184	628.699	827.559	832.673
= Ordentliches Ergebnis	-468.459,52	-530.339	-537.542	-541.057	-739.917	-745.031
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	127.329,78	145.420	143.569	145.433	147.423	149.359
= Ergebnis	-595.789,30	-675.759	-681.111	-686.490	-887.340	-894.390

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	129.999,20	75.000	75.000	0	75.000	75.000	75.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	256,00	1.500	500	0	500	500	500
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	8.969,35	12.600	11.500	0	11.500	11.500	11.500
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	139.224,55	89.100	87.000	0	87.000	87.000	87.000
- Personalauszahlungen	441.937,56	468.512	501.234	0	506.249	511.309	516.423
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.777,94	6.500	4.150	0	4.150	4.150	4.150
- Transferauszahlungen	184.331,31	200.600	203.800	0	203.800	203.800	203.800
- Sonstige Auszahlungen	127.837,83	98.970	102.881	0	101.000	101.000	101.000
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	756.884,64	774.582	812.065	0	815.199	820.259	825.373

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-617.660,09	-685.482	-725.065	0	-728.199	-733.259	-738.373
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	2.195,23	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.195,23	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	8.128,83	19.800	7.800	0	5.800	5.800	5.800
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	8.128,83	19.800	7.800	0	5.800	5.800	5.800
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-5.933,60	-19.800	-7.800	0	-5.800	-5.800	-5.800
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-623.593,69	-705.282	-732.865	0	-733.999	-739.059	-744.173

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	2,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	10,5	0,0	8,1	19,8	7,8	0,0	5,8	5,8	5,8
Saldo unterhalb der Wertgrenze	-10,5	0,0	-5,9	-19,8	-7,8	0,0	-5,8	-5,8	-5,8
Saldo Investitionstätigkeit	-10,5	0,0	-5,9	-19,8	-7,8	0,0	-5,8	-5,8	-5,8

Erläuterungen

Sowohl Finanzen als auch Leistungen liegen im Rahmen des Vorjahres. Die Mittel zum Kinder- und Jugendförderplan 2015 bis 2019 sind auf dem bisherigen Niveau fortgeschrieben.

Im Personaleinsatz und -aufwendungen gibt es kleine Anpassungen im Overhead.

Die Transferauszahlungen beinhalten weiter die vertraglichen Zuschüsse für Drogenberatung und mobile Jugendarbeit.

Aufgrund der Entwicklungen in 2014 wurden im Leistungsbereich die Planwerte zu den Besucherinnen und Teilnehmerinnen im Jugendzentrum und im Style für 2015 reduziert, entsprechend reduziert sich auch die Kennzahl "Anteil der Mädchen an Besucherzahl im offenen Bereich im Jugendzentrum Detmold-West".

Kurzbeschreibung

Finanzielle und fachliche Unterstützung von freien Trägern der Jugendarbeit, Vereinen, Verbänden, Gruppen und Initiativen bei der Durchführung von Angeboten für Kinder und Jugendliche, Vergabe von Einzelbeihilfen (Kinder- und Jugendfreizeiten) an einkommensschwache Kinder, Jugendliche und Familien

Ziele

- Förderung einer Angebotsvielfalt durch finanzielle Unterstützung unterschiedlicher Vereine, Verbände, Gruppen und Initiativen
- Förderung der Entwicklung des Familienlebens durch Ferienfreizeiten
- Förderung des ehrenamtlichen Engagements

Auftragsgrundlage

SGB VIII, Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFöG), Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Detmold, Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit, Rats- und Jugendhilfeausschussbeschlüsse

Zielgruppe

Örtlich tätige Träger der Jugendarbeit, Vereine, Verbände, Gruppen und Initiativen, Kinder, Jugendliche und deren Familien

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	0,59	0,58	0,67	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durch Bezuschussung erreichte Kinder und Jugendliche (überwiegend zwischen 1 Jahr und 18 Jahren)	Anz.	2.106	1.800	1.900	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durchschnittlicher Zuschuss pro Kind	€	22	27	25	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
- Personalaufwendungen	37.153,81	38.474	45.295	45.747	46.205	46.667
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.464,73	2.000	3.000	3.000	3.000	3.000
- Transferaufwendungen	154.881,03	155.441	156.941	156.941	156.941	156.941
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.363,65	2.600	2.500	2.500	2.500	2.500
= Ordentliche Aufwendungen	197.863,22	198.515	207.736	208.188	208.646	209.108
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	9.053,99	8.626	9.897	10.012	10.186	10.311
= Ergebnis	-206.917,21	-207.141	-217.633	-218.200	-218.832	-219.419

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
- Personalauszahlungen	35.727,13	37.355	45.295	0	45.747	46.205	46.667
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.784,73	1.700	2.500	0	2.500	2.500	2.500
- Transferauszahlungen	154.547,03	155.441	156.941	0	156.941	156.941	156.941
- Sonstige Auszahlungen	2.363,65	2.600	2.500	0	2.500	2.500	2.500
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	194.422,54	197.096	207.236	0	207.688	208.146	208.608
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	300	500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	300	500	0	500	500	500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-194.422,54	-197.396	-207.736	0	-208.188	-208.646	-209.108

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,3	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,3	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Dieses Produkt ist weiterhin auf dem Niveau der Vorjahre geplant. Im Personaleinsatz und -aufwendungen gibt es kleine Anpassungen im Overhead.

Kurzbeschreibung

Beratung, Unterstützung und Begleitung von Kindern, Jugendlichen, jungen Volljährigen und ihren Familien in sozialen, familiären und wirtschaftlichen Problemen, wie Trennung, Scheidung, Misshandlung, Vernachlässigung, Missbrauch, Obdachlosigkeit und in Notsituationen, Familien- und Jugendgerichtshilfe, Planung, Vermittlung von und Entscheidung über Hilfen zur Erziehung, Betreuung im Rahmen von Heimunterbringung und sonstige betreute Wohnformen, Sicherstellen des notwendigen Lebensunterhaltes außerhalb des Elternhauses und Übernahme der Kosten für pädagogische Förderung von Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen, die vorübergehend oder dauerhaft nicht in der Ursprungsfamilie leben können, erhalten umfassende Betreuung. Vollzeitpflege und angemessene Hilfe in einer Pflegefamilie zur Sicherung ihres Anspruches auf Erziehung

Ziele

- Förderung des Erhaltes der familiären Zusammenhänge als Sozialisationsraum für junge Menschen durch Qualifikation und Unterstützung der Eltern
- Anstreben eine das Wohl des Kindes fördernde einvernehmlich geregelte Wahrnehmung der elterlichen Sorge
- Förderung einer bedarfsorientierten Lebensperspektive für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige
- Entwicklung einer akzeptablen Lebensperspektive für straffällig gewordene Jugendliche und Heranwachsende zur Vermeidung erneuter Straffälligkeit; Hilfestellung bei Entscheidungsfindungen in gerichtlichen Verfahren
- Sicherstellen eine dem Wohl des Kindes förderliche Erziehung durch altersentsprechende familienersetzende oder ergänzende Hilfen
- Schaffen einer eindeutigen Lebensperspektive für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige durch Unterstützung bei der Aufarbeitung bisheriger schädigender / traumatischer Erlebnisse

Auftragsgrundlage

SGB VIII, BGB, JGG

Zielgruppe

Kinder, Jugendliche, junge Volljährige, Mütter und Väter, gesetzliche Vertreter/innen

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	20,41	22,41	23,64	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
betreute Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in ambulanten Hilfen zur Erziehung	Anz.	264	275	283	0	0	0
betreute Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in teilstationären Hilfen zur Erziehung	Anz.	36	41	29	0	0	0
betreute Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in Hilfen Heimerziehung	Anz.	129	139	132	0	0	0
betreute Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in Pflegefamilien (gesamt)	Anz.	135	136	136	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durchschnittliche Kosten je Kind in der ambulanten Hilfe im Jahr	€	6.170	6.000	6.000	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durchschnittliche Kosten je Kind in Pflegefamilien im Jahr	€	13.454	14.000	13.500	0	0	0
durchschnittliche Kosten je Kind in der teilstationären Hilfe im Jahr	€	18.502	25.000	26.000	0	0	0
durchschnittliche Kosten je Kind in der Hilfe der Heimerziehung im Jahr	€	49.644	53.000	51.000	0	0	0

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	44.460,45	44.105	44.105	105	105	105
+ Sonstige Transfererträge	1.459.162,44	1.399.000	1.385.500	1.385.500	1.385.500	1.385.500
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	21.946,04	12.200	22.500	22.500	22.500	22.500
+ Sonstige ordentliche Erträge	53.583,89	0	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	1.579.152,82	1.455.305	1.452.105	1.408.105	1.408.105	1.408.105
- Personalaufwendungen	1.306.427,57	1.461.548	1.521.659	1.536.875	1.552.245	1.567.768
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.888,88	47.100	47.080	5.080	5.080	5.080
- Bilanzielle Abschreibungen	602,58	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
- Transferaufwendungen	11.913.172,72	11.777.960	11.569.160	11.635.495	11.729.360	11.731.763
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	19.966,33	28.430	16.760	16.760	16.760	16.760
= Ordentliche Aufwendungen	13.242.058,08	13.316.038	13.155.659	13.195.210	13.304.445	13.322.371
= Ordentliches Ergebnis	-11.662.905,26	-11.860.733	-11.703.554	-11.787.105	-11.896.340	-11.914.266
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	251.182,02	310.850	269.511	271.810	275.646	278.271
= Ergebnis	-11.914.087,28	-12.171.583	-11.973.065	-12.058.915	-12.171.986	-12.192.537

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	43.330,00	44.000	44.000	0	0	0	0
+ Sonstige Transfereinzahlungen	1.344.942,87	1.399.000	1.459.000	0	1.385.500	1.385.500	1.385.500
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	36.210,96	12.200	12.500	0	22.500	22.500	22.500
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.424.483,83	1.455.200	1.515.500	0	1.408.000	1.408.000	1.408.000
- Personalauszahlungen	1.131.378,25	1.323.068	1.429.497	0	1.443.792	1.458.231	1.472.813
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	624,72	400	580	0	580	580	580
- Transferauszahlungen	11.346.612,05	12.616.162	12.181.660	0	11.726.992	11.729.360	11.731.763
- Sonstige Auszahlungen	19.786,76	28.930	16.810	0	16.810	16.810	16.810
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	12.498.401,78	13.968.560	13.628.547	0	13.188.174	13.204.981	13.221.966
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-11.073.917,95	-12.513.360	-12.113.047	0	-11.780.174	-11.796.981	-11.813.966
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	1.264,16	46.700	46.500	0	4.500	4.500	4.500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.264,16	46.700	46.500	0	4.500	4.500	4.500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-11.075.182,11	-12.560.060	-12.159.547	0	-11.784.674	-11.801.481	-11.818.466

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	1,3	46,7	46,5	0,0	4,5	4,5	4,5

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-1,3	-46,7	-46,5	0,0	-4,5	-4,5	-4,5

Erläuterungen

Die stationären Hilfen in Heimerziehung und Pflegefamilien liegen im Plan 2015 unter bzw. auf dem Wert des Vorjahres. Die teilstationären Hilfen haben sich im Verlauf der letzten zwei Jahre reduziert, entsprechend sind sie in 2015 geringer geplant. Die ambulanten Hilfen erleben im 1. Halbjahr 2014 einen kontinuierlichen Anstieg; Folge ist die Anhebung des Planwertes für 2015. Die Transferaufwendungen konnten insgesamt aufgrund der Entwicklungen im teilstationären Bereich und der Heimerziehung leicht gesenkt werden.

Die Erträge werden stabil prognostiziert; die Ansätze liegen auf Niveau des Vorjahres.

Die Kosten je Kind bzw. Hilfe sind trotz fallbezogener Schwankungen stabil. Die Transferauszahlungen beinhalten auch den vertraglichen Zuschuss für die Steilpassgruppe in der Villa am Hügel.

Personaleinsatz und -aufwendungen liegen 2015 leicht über dem Plan 2014. Neben kleinen Anpassungen im Overhead kam es im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe wegen eines Arbeitszuwachses zu einer personellen Anpassung.

Entwicklungen ab 2005, Finanzen und Hilfen (Heimerziehung, Pflegefamilien, teilstationär, ambulant, Eingliederungshilfen)

Ist 2005: 6,4 Mio, 327 Hilfen

Ist 2006: 6,9 Mio, 334 Hilfen

Ist 2007: 7,0 Mio, 365 Hilfen

Ist 2008: 8,3 Mio, 412 Hilfen

Ist 2009: 8,9 Mio, 438 Hilfen

Ist 2010: 9,1 Mio, 484 Hilfen

Ist 2011: 10,1 Mio, 558 Hilfen

Ist 2012: 10,9 Mio, 598 Hilfen

Ist 2013: 11,3 Mio, 594 Hilfen

Progn. 2014: 11,4 Mio, 611 Hilfen

Plan 2015: 11,5 Mio, 609 Hilfen

Kurzbeschreibung

Pflege und Erziehung der Kinder (Mündel) in Nachbildung des Elternrechts als Wesen der Vormundschaften; Sicherung der öffentlichrechtlichen und privatrechtlichen Ansprüche Minderjähriger und junger Volljähriger, Feststellung der Vaterschaft, Prozessvertretungen

Ziele

- Wahrnehmung der elterlichen Sorge und der gesetzlichen Vertretung des Kindes in persönlichem Kontakt zum Mündel
- Beantragung und Inanspruchnahme von Sozialleistungen
- Werbung, Gewinnung und Beratung von ehrenamtlichen Vormündern
- Kinder sind informiert über ihre (abstammungsrechtliche) Herkunft durch Feststellung von Vaterschaften.
- Geltendmachen und Durchsetzen von Unterhaltsansprüchen
- ausreichende Beratung und Unterstützung der Hilfesuchenden, Aufzeigen von konkreten Lösungsmöglichkeiten

Auftragsgrundlage

SGB VIII, BGB, ZPO, Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts

Zielgruppe

Kinder von der Geburt bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, junge Volljährige, Mütter und Väter

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	4,65	5,20	5,24	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
betreute Kinder (Beistandschaften)	Anz.	797	780	650	0	0	0
gesetzliche Amtsvormundschaften	Anz.	8	5	3	0	0	0
bestellte Amtsvormundschaften und -pflugschaften	Anz.	91	95	90	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind in der Beistandschaft	€	217	305	342	0	0	0
durchschnittlicher Betriebsaufwand je bestellter Amtsvormundschaft und -pflugschaft	€	1.481	1.679	1.745	0	0	0

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
- Personalaufwendungen	351.977,38	366.091	379.579	386.566	387.210	391.081
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	2.700	700	1.700	700	700
- Transferaufwendungen	1.164,75	2.210	2.110	2.110	2.110	2.110
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.554,60	1.010	700	700	700	700
= Ordentliche Aufwendungen	360.696,73	372.011	383.089	391.076	390.720	394.591

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	39.499,10	43.295	42.931	43.468	44.210	44.835
= Ergebnis	-400.195,83	-415.306	-426.020	-434.544	-434.930	-439.426

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
- Personalauszahlungen	279.115,58	309.479	300.000	0	306.191	306.031	309.091
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	400	200	0	200	200	200
- Transferauszahlungen	1.164,75	2.210	2.110	0	2.110	2.110	2.110
- Sonstige Auszahlungen	7.556,83	1.010	700	0	700	700	700
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	287.837,16	313.099	303.010	0	309.201	309.041	312.101
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	2.300	500	0	1.500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	2.300	500	0	1.500	500	500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-287.837,16	-315.399	-303.510	0	-310.701	-309.541	-312.601

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	2,3	0,5	0,0	1,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-2,3	-0,5	0,0	-1,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Die Finanzen sind in etwa auf dem Niveau des Vorjahres geplant.

Aufgrund der Entwicklungen in 2014 sinken die Planwerte der betreuten Kinder in den Beistandschaften und der gesetzlichen und bestellten Vormundschaften bzw. Pflegschaften für 2015; folglich erhöhen sich die Kennzahlen.

Kurzbeschreibung

Unterhaltssicherung für Kinder alleinerziehender Elternteile

Ziele

Sicherstellen des Lebensunterhaltes von Kindern mittels Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen und Gewährung von Unterhaltsvorschussleistungen

Auftragsgrundlage

Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

Zielgruppe

Kinder von der Geburt bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	4,39	4,38	2,40	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
betreute Kinder	Anz.	528	620	570	0	0	0
Überprüfungen der Unterhaltspflichtigen	Anz.	464	400	450	-	-	-
Heranziehung Unterhaltspflichtiger zu laufenden Kostenbeiträgen	Anz.	568	220	300	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind	€	2.621	2.327	2.279	-	-	-
Anteil der Heranziehung Unterhaltspflichtiger an Gesamtfallzahl der Überprüfungen	%	122,4	55,0	66,7	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Sonstige Transfererträge	653.696,52	285.000	230.000	230.000	230.000	230.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	459.236,06	490.035	467.000	467.000	467.000	467.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	210,00	0	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	1.113.142,58	775.035	697.000	697.000	697.000	697.000
- Personalaufwendungen	252.451,40	257.410	154.695	156.243	157.805	159.384
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	700	700	700	700	700
- Bilanzielle Abschreibungen	2.135,56	0	0	0	0	0
- Transferaufwendungen	1.079.454,14	1.150.000	1.093.500	1.093.500	1.093.500	1.093.500
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.564,54	390	125	125	125	125
= Ordentliche Aufwendungen	1.337.605,64	1.408.500	1.249.020	1.250.568	1.252.130	1.253.709
= Ordentliches Ergebnis	-224.463,06	-633.465	-552.020	-553.568	-555.130	-556.709
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	46.255,53	34.040	49.915	50.572	51.391	52.113
= Ergebnis	-270.718,59	-667.505	-601.935	-604.140	-606.521	-608.822

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Sonstige Transfereinzahlungen	195.520,34	285.000	230.000	0	230.000	230.000	230.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	474.422,17	490.035	467.000	0	467.000	467.000	467.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	669.942,51	775.035	697.000	0	697.000	697.000	697.000
- Personalauszahlungen	216.614,92	222.253	141.011	0	142.422	143.846	145.285
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	400	200	0	200	200	200
- Transferauszahlungen	1.077.656,16	1.150.000	1.093.500	0	1.093.500	1.093.500	1.093.500
- Sonstige Auszahlungen	3.438,61	390	125	0	125	125	125
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.297.709,69	1.373.043	1.234.836	0	1.236.247	1.237.671	1.239.110
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-627.767,18	-598.008	-537.836	0	-539.247	-540.671	-542.110
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	300	500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	300	500	0	500	500	500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-627.767,18	-598.308	-538.336	0	-539.747	-541.171	-542.610

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,3	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,3	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Das Projekt "Bearbeitung der Rückgriffe" ist im 1. Halbjahr 2014 beendet worden, entsprechend reduziert sich in der Planung ab 2015 Personaleinsatz und -aufwendungen.

Aufgrund der Entwicklung im 1. Halbjahr 2014 wird der Planwert der betreuten Kinder für 2015 reduziert. Die Überprüfung und auch die Heranziehung Unterhaltspflichtiger können aufgrund der Erfahrungen aus dem Projekt gesteigert werden.

Die vorläufigen Ergebnisse aus 2013 wurden stark durch die Projektarbeit beeinflusst.

Kurzbeschreibung

Schulsozialarbeit

Ziele

- Entwicklung einer Schule von einem Lernort zu einem Lebensort, in dem erzieherische Prozesse initiiert werden
- Einzelfallhilfe und sozialpädagogische Gruppenmaßnahmen in den Schulen

Auftragsgrundlage

SBG VIII, Ratsbeschluss 2014, sozialpädagogische Hilfe als freiwillige kommunale Aufgabe

Zielgruppe

Schüler/innen einer Schulgemeinde, Lehrer/innen und Eltern

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	3,76	4,27	9,26	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
betreute Schüler/innen	Anz.	797	1.000	1.800	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Schüler/in	€	318	285	290	-	-	-

Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Ertrags- und Aufwandsarten in €						
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.400,00	0	131.000	131.000	107.000	107.000
= Ordentliche Erträge	2.400,00	0	131.000	131.000	107.000	107.000
- Personalaufwendungen	244.090,90	277.717	512.633	576.218	566.627	583.125
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	200	500	500	500	500
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.505,78	930	2.200	2.200	2.200	2.200
= Ordentliche Aufwendungen	247.596,68	278.847	515.333	578.918	569.327	585.825
= Ordentliches Ergebnis	-245.196,68	-278.847	-384.333	-447.918	-462.327	-478.825
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.214,03	6.631	6.628	6.662	6.704	6.740
= Ergebnis	-251.410,71	-285.478	-390.961	-454.580	-469.031	-485.565

Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Ein- und Auszahlungsarten in €							
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.400,00	0	131.000	0	131.000	107.000	107.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.400,00	0	131.000	0	131.000	107.000	107.000

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
- Personalauszahlungen	239.790,36	275.908	512.633	0	576.218	566.627	583.125
- Sonstige Auszahlungen	3.508,14	930	1.900	0	2.200	2.200	2.200
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	243.298,50	276.838	514.533	0	578.418	568.827	585.325
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-240.898,50	-276.838	-383.533	0	-447.418	-461.827	-478.325
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	200	500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	200	500	0	500	500	500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-240.898,50	-277.038	-384.033	0	-447.918	-462.327	-478.825

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,2	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,2	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

In der Sitzung vom 20.03.2014 hat der Rat beschlossen, die Schulsozialarbeit in Detmold auf Grundlage einer Rahmenkonzeption unter Berücksichtigung aller Schulformen und rechtlicher Rahmenbedingungen ab dem Schuljahr 2014/2015 auszubauen (DS-Nr. Fb 2/066/2014). Mit Beteiligung aller Akteure entwickelt jede Schule ein eigenes Konzept, dass im Schulprogramm verankert wird.

In einem ersten Schritt wurden ab August 2014 die Schulsozialarbeiterstellen in den Schulen Grabbe-Gymnasium, Leopoldinum, Bachschule, Bildungshaus Weerthschule, Freiligrathschule, Realschule I und für Koordination besetzt. Entsprechend hierfür und auch für die 2. Stufe ab August 2015 sind in der Planung 2015 Personaleinsatz und -aufwendungen angepasst. Ein weiterer Personalzuwachs ist laut Beschlussvorlage in 2016 und 2018 vorgesehen.

Der Kreis Lippe unterstützt die Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabespaketes auch in 2015 und 2016, außerdem ist ein Betrag aus der Konnexitätszahlung des Landes zur Inklusion bis einschließlich 2018 geplant (siehe Zuwendungen und allgemeine Umlagen).

Planungsreport 2015

Fachbereich 2 Teilbudget Soziales

I. Ausgangslage und Ausblick

Die Dienstleistungen des Teilbudgets Soziales im Fachbereich 2, Jugend, Schule, Soziales und Sport sind größtenteils Pflichtaufgaben, auf deren Erfüllung die Bürger/innen einen gesetzlichen Anspruch haben.

Beim Personal sehen die Planungen für das Jahr 2015 im Teilbudget Soziales den Einsatz von 31 Mitarbeiter/innen in rd. 29 Vollzeitstellen vor. Rd. 32 % der Beschäftigten sind Teilzeitkräfte.

Im Vergleich zum Plan 2014 findet eine Anhebung um ungefähr 6 Stellen statt. In mehreren Produkten ist es aufgrund des veränderten Leistungsumfanges zu Veränderungen des Stellenanteils gekommen. In den einzelnen Produktberichten wird dieses erläutert.

Die Leistungspalette ist in drei Produktgruppen mit insgesamt neun Produkten gegliedert. Ein Produkt ist in Leistungen unterteilt, die Darstellung erfolgt auf Produktebene. Änderungen sind für das Wirtschaftsjahr 2015 nicht vorgesehen.

Die Arbeit des Bereiches Soziales tangiert mehrere strategische Handlungsfelder und knüpft dabei insbesondere an die Handlungsfelder Bildung, Familien und Integration an. Daraus abgeleitet ist das Fachbereichsziel definiert:

Die Stadt Detmold schafft und sichert soziale Gerechtigkeit für die in Detmold lebenden Menschen, fördert Teilhabe und wirkt Benachteiligungen entgegen.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung in 2014 wird für das Jahr 2015 von einem weiteren Anstieg des Leistungsumfanges insbesondere in den Produkten „Hilfe zum Lebensunterhalt“, „Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ - hier Grundleistungen - , „Unterbringung in Notunterkünften“ – hier Übergangwohnheime und Kontaktstelle – , „Betreuungsstelle“ sowie „Ausländerangelegenheiten“ ausgegangen. Ebenso wie bisher ist hier die Auskömmlichkeit der Personalausstattung im Auge zu behalten.

Die Zahl der Rentner/innen und dauerhaft Erwerbsgeminderten, die einen Anspruch auf Grundsicherung haben, nimmt seit einigen Jahren, verstärkt in den letzten vier Jahren, zu.

Die Anzahl der Menschen, die in Deutschland um Asyl nachsuchen, weist seit Mitte 2012 eine deutlich steigende Tendenz auf. Dieses impliziert eine vermehrte Zuweisung nach Detmold. Damit gehen höhere Landeszuwendungen und höhere Aufwendungen für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, für die notwendige Erweiterung der Unterbringungsmöglichkeiten und die Betreuung durch die Kontaktstelle einher.

Die Zahl der in Detmold lebenden Ausländer steigt – entsprechend dem Bundestrend – an, zurückzuführen neben den steigenden Asylbewerberzahlen auch auf die verschiedenen Konfliktherde im Ausland.

Die Bedeutung von Themen wie Betreuung und Vorsorge nimmt allgemein und in der Öffentlichkeit zu. Mit der Änderung des Betreuungsgesetzes zum 01.07.2014 wurde ein gesetzlicher Auftrag, Betreuungen zu vermeiden, eingeführt und die Beteiligung an Gerichtshilfverfahren erhöht.

Die Leistungs- und Finanzdaten dieser entsprechenden Produkte sind angepasst worden. Inwieweit dieses auskömmlich sein wird, ist im Laufe des Jahres 2015 zu beobachten.

Im Sozialbereich sind weiterhin Veränderungen durch Gesetzgebung und Rechtsprechung feststellbar, welche dann vor Ort umzusetzen sind und sich in Leistungsumfang oder Finanzen niederschlagen. Parallel zur Budgetaufstellung wird die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes beraten. In 2015

ist mit einer Wohngeldnovelle zu rechnen. Auswirkungen der Gesetzesänderungen sind erst zu beziffern und im Budget darstellbar, wenn die Beratungen abgeschlossen sind und sind daher in den Planungen noch nicht enthalten.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht absehbar, inwieweit die Leistungspalette des Bereiches Soziales in 2015 und den Folgejahren über die oben skizzierten Änderungen hinaus weiteren Veränderungen aus Gesetzgebung oder Rechtsprechung unterliegt. Die weiteren Entwicklungen müssen jedoch im Blick sein, um die Auswirkungen auf das Dienstleistungsangebot im Bereich Soziales abschätzen und berücksichtigen zu können.

II Finanzen

Die Wirtschaftspläne geben eine Darstellung der Finanzen im Teilergebnisplan (Ertrags- und Aufwandsarten) und Teilfinanzplan (Ein- und Auszahlungsarten).

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2013 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird der Entwurf des Jahresabschlusses 2013 vom 28.11.2014 ausgewiesen.

a. Teilergebnisplan

Im Teilergebnisplan werden das Ressourcenaufkommen und der Ressourcenverbrauch abgebildet.

Die Ertragsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Zuwendungen und allgemeine Umlagen Differenz zu 2014: + 110 Euro Zuweisungen der anteiligen Ausgleichsabgabe, Einnahmeteiligung der BSHG-Altfälle	83.110 Euro
Sonstige Transfererträge Differenz zu 2014: + 190.500 Euro Erstattungen des Landes nach dem FlüAG, Kostenbeiträge und Aufwandsersatz Dritter Die Erstattungen nach dem FlüAG werden wegen der steigenden Zahl an Asylbewerbern höher ausfallen.	618.500 Euro
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte Differenz zu 2014: + 263.267 Euro Nutzungsentschädigungen Unterkünfte, Verwaltungsgebühren Gegenüber 2014 wird bei der Nutzungsentschädigung wegen der notwendigen Erweiterung der Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber von höheren Entgelten ausgegangen.	673.267 Euro
Kostenerstattungen und Kostenumlagen Differenz zu 2014: 0 Euro Erstattungen der Kosten für die Rückführung von Ausländern, Einnahmen aus Veranstaltungen der Seniorenwoche	4.000 Euro

Sonstige ordentliche Erträge 900 Euro
Differenz zu 2013: - 200 Euro
Bußgelder

Ordentliche Erträge insgesamt 1.379.777 Euro
Differenz zu 2014: + 453.677 Euro

Die Aufwandsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Personalaufwendungen 1.846.358 Euro
Differenz zu 2014: + 438.269 Euro
Die Kalkulation der Personalaufwendungen orientiert sich an einheitlich festgelegten Eckpunkten (s. Vorbericht zum Haushaltsplan 2015) und der Einschätzung der Personalentwicklung. Näheres zu Veränderungen beim Personaleinsatz findet sich in den Produkterläuterungen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 564.154 Euro
Differenz zu 2014: + 250.754 Euro
Unterhaltung und Betrieb der Unterkünfte/Fahrzeuge, Anschaffung/Unterhaltung der Ausstattung, Zuschüsse Altenbegegnungsstätten, Seniorenwoche und Veranstaltungen
Gegenüber 2014 sind zusätzliche Mittel für Unterhaltung und Betrieb für die notwendige Erweiterung der Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber eingeplant.

Bilanzielle Abschreibungen 6.117 Euro
Differenz zu 2014: + 3.000 Euro
Werteverzehr für Inventar und Geräte vor allem in den Unterkünften

Transferaufwendungen 2.893.684 Euro
Differenz zu 2014: + 1.015.350 Euro
Leistungen für Asylbewerber/innen, begleitende Hilfen nach dem SGB IX, städtische Mittel für Zuschüsse in Notsituationen, Zuschüsse an Altenbegegnungsstätten, Selbsthilfegruppen, Vereine und Verbände
Maßgeblich für die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist der massive Anstieg bei den Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aufgrund der stark steigenden Asylbewerberzahl.

Sonstige ordentliche Aufwendungen 77.230 Euro
Differenz zu 2014: - 9.228 Euro
Erstattungen an die Bundesdruckerei, Zuschüsse Altenbegegnungsstätten, Geschäftsaufwendungen, Reisekosten, Projekte Sozialarbeit, Sitzungsgelder, Fahrtkosten und Auslagen der Beiräte, Kosten für die Rückführung von Ausländern

Ordentliche Aufwendungen insgesamt 5.387.543 Euro
Differenz zu 2014: + 1.698.145 Euro

Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen 405.325 Euro
Differenz zu 2014: + 44.983 Euro
Die Mittelanmeldung 2014 beruhte gegenüber dem Ergebnis 2013 und dem Plan 2015 noch auf einer anderen fachbereichsinternen Verteilung.

Ergebnis - 4.413.091 Euro
Differenz zu 2014: + 1.289.451 Euro

b. Teilfinanzplan

Im Teilfinanzplan werden die Zahlungsströme dargestellt. Die Finanzvorgänge, die keine Ein- oder Auszahlungen verursachen, werden nicht aufgeführt. Dafür sind hier die finanziellen Verbindlichkeiten, die sich aus Verträgen ergeben, enthalten. Außerdem werden die Investitionen und ihre Finanzierung abgebildet.

Gegenüber dem Teilergebnisplan ergeben sich folgende Unterschiede:

Zuwendungen und allgemeine Umlagen 82.000 Euro
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (1.110 Euro) sind nur im Teilergebnisplan dargestellt.

Personalauszahlungen 1.723.332 Euro
Die Auszahlungen sind um 123.026 Euro geringer als die Personalaufwendungen im Teilergebnisplan, da Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen nicht finanzwirksam sind.

Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen 505.354 Euro
Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen enthalten nicht die Aufwendungen für die Beschaffungen, die über Festwerte bzw. als Vermögensgegenstände unter 410 Euro im Teilergebnisplan gebucht werden (58.800 Euro). Die entsprechenden Auszahlungen werden im Teilfinanzplan investiv unter Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen nachgewiesen.

Transferauszahlungen 3.077.661 Euro
Die Auszahlungen sind insgesamt um 183.977 Euro höher als die Aufwendungen im Teilergebnisplan. Während der Vertragslaufzeit sind die finanziellen Verbindlichkeiten aus Verträgen nur in den Auszahlungen enthalten.

Die bilanziellen Abschreibungen (6.117 Euro) und die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (405.325 Euro) sind nur im Teilergebnisplan enthalten.

Investitionstätigkeit

Für Investitionsmaßnahmen im Verwaltungsbereich und in den städtischen Unterkünften sind für 2015 für den Erwerb von Einrichtungsgegenständen und Geräten 76.200 Euro geplant.

Teilergebnisplan	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
Ertrags- und Aufwandsarten in €	2013	2014	2015	2016	2017	2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	47.730,77	83.000	83.110	83.110	83.110	83.110
+ Sonstige Transfererträge	343.859,55	428.000	618.500	618.500	618.500	618.500
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	273.146,65	410.000	673.267	700.362	555.600	555.600
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.367,05	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	47.461,33	1.100	900	900	900	900
= Ordentliche Erträge	714.565,35	926.100	1.379.777	1.406.872	1.262.110	1.262.110
- Personalaufwendungen	1.404.055,28	1.408.089	1.846.358	1.864.838	1.883.495	1.902.332
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	125.599,93	313.400	564.154	512.254	394.694	394.694
- Bilanzielle Abschreibungen	5.290,11	3.117	6.117	6.117	6.117	6.117
- Transferaufwendungen	1.895.330,31	1.878.334	2.893.684	2.952.161	2.959.661	2.973.911
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	64.496,27	86.458	77.230	77.230	77.230	77.230
= Ordentliche Aufwendungen	3.494.771,90	3.689.398	5.387.543	5.412.600	5.321.197	5.354.284
= Ordentliches Ergebnis	-2.780.206,55	-2.763.298	-4.007.766	-4.005.728	-4.059.087	-4.092.174
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	424.353,99	360.342	405.325	408.866	414.360	418.336
= Ergebnis	-3.204.560,54	-3.123.640	-4.413.091	-4.414.594	-4.473.447	-4.510.510

Teilfinanzplan	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	VE	Planung	Planung	Planung
Ein- und Auszahlungsarten in €	2013	2014	2015	2015	2016	2017	2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	47.083,39	82.000	82.000	0	82.000	82.000	82.000
+ Sonstige Transfereinzahlungen	340.514,61	428.000	618.500	0	618.500	618.500	618.500
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	294.239,06	410.000	673.267	0	700.362	555.600	555.600
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	2.426,00	4.000	4.000	0	4.000	4.000	4.000
+ Sonstige Einzahlungen	599,00	1.100	900	0	900	900	900
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	684.862,06	925.100	1.378.667	0	1.405.762	1.261.000	1.261.000
- Personalauszahlungen	1.273.787,00	1.303.466	1.723.332	0	1.740.581	1.757.993	1.775.576
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	99.999,24	261.300	505.354	0	495.954	378.394	378.394
- Transferauszahlungen	1.807.056,12	2.060.911	3.077.661	0	3.053.161	3.053.661	3.054.161
- Sonstige Auszahlungen	65.122,50	86.458	77.230	0	77.230	77.230	77.230
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.245.964,86	3.712.135	5.383.577	0	5.366.926	5.267.278	5.285.361
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.561.102,80	-2.787.035	-4.004.910	0	-3.961.164	-4.006.278	-4.024.361
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	8.237,44	58.500	76.200	0	27.700	25.700	25.700
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	8.237,44	58.500	76.200	0	27.700	25.700	25.700
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-8.237,44	-58.500	-76.200	0	-27.700	-25.700	-25.700
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-2.569.340,24	-2.845.535	-4.081.110	0	-3.988.864	-4.031.978	-4.050.061
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Finanzstätigkeit	-2.569.340,24	-2.845.535	-4.081.110	0	-3.988.864	-4.031.978	-4.050.061

Kurzbeschreibung

Laufende und einmalige Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts

Ziele

Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII); Delegationssatzung des Kreises Lippe in der jeweils gültigen Fassung; Unterhaltssicherungsgesetz (USG), Wehrpflichtgesetz (WPfIG)

Zielgruppe

Alle Personen, die ihren Wohnsitz im Gebiet der Stadt Detmold haben und hilfebedürftig im Sinne des SGB XII sind; Wehrpflichtige (Freiwillige/r Wehrdienst Leistende/er), Wehrübende und ihre Familienangehörigen

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	5,35	4,73	6,76	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII, 3. Kapitel)	Fälle	106	90	150	0	0	0
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII, 4. Kapitel)	Fälle	636	660	740	0	0	0
Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG)	Fälle	4	6	4	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durchschnittlicher Betriebsaufwand / Jahr je Fall Leistungen nach SGB XII und USG	€	453	441	555	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.307,09	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
= Ordentliche Erträge	12.307,09	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
- Personalaufwendungen	269.268,07	275.299	422.797	427.024	431.295	435.609
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	987,67	1.000	2.000	500	500	500
- Transferaufwendungen	75,80	80	80	80	80	80
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.168,31	3.120	3.365	3.365	3.365	3.365
= Ordentliche Aufwendungen	274.499,85	279.499	428.242	430.969	435.240	439.554
= Ordentliches Ergebnis	-262.192,76	-267.499	-416.242	-418.969	-423.240	-427.554
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	63.480,01	53.875	67.805	68.489	69.809	70.630
= Ergebnis	-325.672,77	-321.374	-484.047	-487.458	-493.049	-498.184

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.307,09	12.000	12.000	0	12.000	12.000	12.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	12.307,09	12.000	12.000	0	12.000	12.000	12.000
- Personalauszahlungen	236.049,70	248.829	377.426	0	381.199	385.011	388.862
- Transferauszahlungen	75,80	80	80	0	80	80	80
- Sonstige Auszahlungen	3.955,22	3.120	3.365	0	3.365	3.365	3.365
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	240.080,72	252.029	380.871	0	384.644	388.456	392.307
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-227.773,63	-240.029	-368.871	0	-372.644	-376.456	-380.307
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	987,67	1.000	2.000	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	987,67	1.000	2.000	0	500	500	500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-228.761,30	-241.029	-370.871	0	-373.144	-376.956	-380.807

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	1,0	1,0	2,0	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-1,0	-1,0	-2,0	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Die Fallzahlen steigen. Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt (vorübergehende Erwerbsminderung) sind jetzt aufgrund eines Urteils die Fälle bereits während eines laufenden Rentenverfahrens auf Erwerbsminderung von der Agentur für Arbeit zu übernehmen. Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zeigen sich die zunehmende Altersarmut sowie vermehrte dauerhafte Erwerbsminderungen im Bereich psychischer Erkrankungen.

Aufgrund der Entwicklung beim Leistungsumfang, besonders im Bereich der Grundsicherung, war die Personalausstattung im Laufe der Jahre 2013 und 2014 anzuheben. In der Planung 2015 wurden Personaleinsatz bzw. -aufwendungen angepasst.

Kurzbeschreibung

Gewährung bzw. Versagung laufender Leistungen, Krankenhilfe, Hilfen bei Geburt und Schwangerschaft und sonstiger Leistungen

Ziele

Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes

Auftragsgrundlage

Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII), Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG)

Zielgruppe

Alle Ausländerinnen und Ausländer, die sich tatsächlich im Gebiet der Stadt Detmold aufhalten und leistungsberechtigt nach § 1 Abs. 1 AsylbLG sind

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	2,10	1,99	2,90	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
betreute Personen / Grundleistungen	Anz.	158	200	320	0	0	0
- Ausgaben	€	1.102.187	1.398.250	2.364.400	-	-	-
betreute Personen / Leistungen analog SGB XII	Anz.	38	50	50	0	0	0
- Ausgaben	€	267.865	336.000	385.200	-	-	-
Erstattungen des Landes	€	244.654	303.800	455.630	-	-	-
anrechnungsfähige Personen	Anz.	87	90	208	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durchschnittlicher Betriebsaufwand je betreute Person	€	777	513	593	-	-	-
Verhältnis Erstattungen des Landes zu Leistungsgewährung	%	17,9	17,5	16,6	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Sonstige Transfererträge	261.400,09	313.800	472.630	472.630	472.630	472.630
= Ordentliche Erträge	261.400,09	313.800	472.630	472.630	472.630	472.630
- Personalaufwendungen	110.128,31	114.189	202.636	204.663	206.710	208.777
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	27.267,98	2.500	2.500	1.500	1.500	1.500
- Bilanzielle Abschreibungen	655,68	206	206	206	206	206
- Transferaufwendungen	1.370.052,36	1.734.250	2.749.600	2.749.600	2.749.600	2.749.600
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	754,85	510	200	200	200	200
= Ordentliche Aufwendungen	1.508.859,18	1.851.655	2.955.142	2.956.169	2.958.216	2.960.283
= Ordentliches Ergebnis	-1.247.459,09	-1.537.855	-2.482.512	-2.483.539	-2.485.586	-2.487.653

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	12.967,61	10.958	13.975	14.120	14.340	14.498
= Ergebnis	-1.260.426,70	-1.548.813	-2.496.487	-2.497.659	-2.499.926	-2.502.151

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Sonstige Transfereinzahlungen	260.709,15	313.800	472.630	0	472.630	472.630	472.630
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	260.709,15	313.800	472.630	0	472.630	472.630	472.630
- Personalauszahlungen	103.518,58	108.390	196.961	0	198.931	200.920	202.930
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.667,98	300	1.000	0	1.000	1.000	1.000
- Transferauszahlungen	1.543.680,61	1.734.250	2.749.600	0	2.749.600	2.749.600	2.749.600
- Sonstige Auszahlungen	629,55	510	200	0	200	200	200
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.650.496,72	1.843.450	2.947.761	0	2.949.731	2.951.720	2.953.730
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.389.787,57	-1.529.650	-2.475.131	0	-2.477.101	-2.479.090	-2.481.100
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	2.200	1.500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	2.200	1.500	0	500	500	500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-1.389.787,57	-1.531.850	-2.476.631	0	-2.477.601	-2.479.590	-2.481.600

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	2,2	1,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-2,2	-1,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Die Erstattungen des Landes nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) steigen aufgrund der stark zunehmenden Zahl an Asylbewerbern. Die Transferaufwendungen beinhalten die Analog- und Grundleistungen. Bei den Analogleistungen ist gegenüber dem Halbjahresstand 2014 aufgrund einer anstehenden Gesetzesänderung für 2015 wieder mit höheren Zahlen zu rechnen, in etwa auf dem Niveau von 2012. Der mehrjährige Verlauf weist bei den Grundleistungen eine starke Steigerung aus:

Ist 2010: Ist 2011 Ist 2012 Ist 2013 aktualisierter Plan 2014: Plan 2015:
429.374 € 464.862 € 790.101 € 1.102.188 € 1.690.000 € 2.364.400 €
71 Pers. 81 Pers. 107 Pers. 158 Pers. 240 Pers. 320 Pers.

Dieses ist auf die stark steigende Zahl der Asylbewerber zurückzuführen. Ein Ende dieser Entwicklung ist weiterhin nicht absehbar. Damit steigt auch die Zahl der anrechnungsfähigen Personen.

Parallel zur Budgetaufstellung liegt ein Gesetzesentwurf zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes mit dem Schwerpunkt der Umsetzung der Vorgaben aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 18.07.2012 zur Neuregelung der Grundleistungen vor. Die Auswirkungen können erst beziffert werden, wenn die Beratungen abgeschlossen sind und sind daher in den Planungen noch nicht enthalten.

Aufgrund der anfallenden Mehrarbeit waren Personaleinsatz bzw. -aufwendungen aufzustocken; die Planung 2015 wurde angepasst.

Kurzbeschreibung

Beratung und (immaterielle und materielle) Unterstützung von Familien oder Einzelpersonen bei der Überwindung sozialer Schwierigkeiten, der Bewältigung von Krisensituationen und Alltagsproblemen

Ziele

Stärkung der Selbsthilfe und des persönlichen Verantwortungsbewusstseins; Behebung akuter Notlagen durch finanzielle und immaterielle Hilfe

Auftragsgrundlage

Ratsbeschluss (städt. Mittel); Konzept Allgemeiner Sozialer Dienst (Beschluss im Ausschuss für soziale Angelegenheiten am 7.11.2001)

Zielgruppe

Alle Personen, die in der Stadt Detmold gemeldet sind und sich in einer Notsituation befinden

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	1,44	1,54	1,49	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Beihilfen	Anz.	5	3	3	-	-	-
- Ausgaben	€	1.935	4.000	4.000	-	-	-
Integration von Obdachlosen (Neuzugänge)	Anz.	12	25	25	-	-	-
Vorgänge, in denen eine Integration erfolgt ist	Anz.	13	23	23	-	-	-
- ohne Geldleistungen	Anz.	13	21	21	-	-	-
- mit Geldleistungen	Anz.	0	2	2	-	-	-
Ausgaben	€	0	1.000	1.000	-	-	-
Vermeidung von Obdachlosigkeit (von Wohnungsverlust bedrohte Personen o. Haushalte)	Anz.	95	100	90	-	-	-
davon Darlehen	Anz.	-	1	1	-	-	-
- Ausgaben	€	-	500	500	-	-	-
Beihilfen	Anz.	-	1	1	-	-	-
- Ausgaben	€	-	500	500	-	-	-
Allgemeine Beratung	Anz.	302	320	310	-	-	-
Problemlösung durch - Vermittlung an andere Institutionen	Anz.	52	55	55	-	-	-
- finanzielle Unterstützung in besonderen Notfällen (städtische Mittel)	Anz.	145	140	140	-	-	-
Vorgänge, in denen die Obdachlosigkeit vermieden werden konnte	Anz.	88	90	85	-	-	-
Ausgaben	€	27.691	43.000	43.000	-	-	-
Ablehnung von Anträgen auf finanzielle Unterstützung (städtische Mittel)	Anz.	49	60	60	-	-	-
- ohne Geldleistungen	Anz.	81	85	80	-	-	-
- mit Geldleistungen	Anz.	7	5	5	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Ausgaben	€	2.995	6.000	6.000	-	-	-
davon Darlehen	Anz.	2	2	2	-	-	-
- Ausgaben	€	1.060	2.000	2.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	273	273	286	-	-	-
Erfolgsquote Vermeidung von Obdachlosigkeit	%	92,6	90,0	94,4	-	-	-
durchschnittliche Leistung (Vermeidung von Obdachlosigkeit)	€	428	1.200	1.200	-	-	-
Anteil der Darlehen an den Ausgaben (Vermeidung von Obdachlosigkeit)	%	35,4	33,3	33,3	-	-	-
Erfolgsquote Integration von Obdachlosen	%	108,3	92,0	92,0	-	-	-
durchschnittliche Leistung (Integration von Obdachlosen)	€	-	500	500	-	-	-
Anteil der Darlehen an den Ausgaben (Integration von Obdachlosen)	%	-	50,0	50,0	-	-	-
durchschnittliche finanzielle Unterstützung in besonderen Notfällen	€	191	307	307	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Sonstige Transfererträge	6.284,00	3.000	4.000	4.000	4.000	4.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	1.959,59	0	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	8.243,59	3.000	4.000	4.000	4.000	4.000
- Personalaufwendungen	94.345,88	107.124	103.518	104.553	105.599	106.654
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	129,28	200	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	210,02	211	211	211	211	211
- Transferaufwendungen	120.683,19	50.000	50.000	72.500	80.000	80.000
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	379,96	290	200	200	200	200
= Ordentliche Aufwendungen	215.748,33	157.825	153.929	177.464	186.010	187.065
= Ordentliches Ergebnis	-207.504,74	-154.825	-149.929	-173.464	-182.010	-183.065
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.561,05	13.504	17.812	18.015	18.319	18.549
= Ergebnis	-224.065,79	-168.329	-167.741	-191.479	-200.329	-201.614

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Sonstige Transfereinzahlungen	2.130,00	3.000	4.000	0	4.000	4.000	4.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.130,00	3.000	4.000	0	4.000	4.000	4.000
- Personalauszahlungen	90.719,39	104.148	101.253	0	102.266	103.289	104.321
- Transferauszahlungen	60.803,33	80.000	80.000	0	80.000	80.000	80.000
- Sonstige Auszahlungen	379,96	290	200	0	200	200	200
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	151.902,68	184.438	181.453	0	182.466	183.489	184.521
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-149.772,68	-181.438	-177.453	0	-178.466	-179.489	-180.521
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	129,28	200	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	129,28	200	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-149.901,96	-181.638	-177.453	0	-178.466	-179.489	-180.521

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit- gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,1	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-0,1	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Es bestehen vertragliche Verbindungen mit der Herberge zur Heimat und dem Kreis Lippe über die Bezuschussung des Projektes "Niederschwellige ambulante Arbeit" bis 31.03.2016. Die sich aus dem Vertrag ergebenden finanziellen Verbindlichkeiten sind während der Vertragslaufzeit nur im Teilfinanzplan (s. Transferauszahlungen) enthalten. In der weiteren Planung sind ab dem Ende der Laufzeit auch Mittel im Teilergebnisplan (unter Transferaufwendungen) eingeplant.

Die städtischen Mittel für Zuschüsse in Notsituationen sind entsprechend der Beschlusslage eingeplant (unter Transferaufwendungen).

Die Planung des Leistungsumfanges entspricht im Großen und Ganzen dem Vorjahr. Die Zahl der Neuzugänge bei Obdachlosen und die Zahl der erfolgten Integrationen war 2013 außergewöhnlich niedrig. Für 2014 zeichnen sich wieder deutlich höhere Zahlen ab.

Kurzbeschreibung

Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen (wirtschaftlich und sachlich), Bearbeitung inkl. Entscheidung und Zahlbarmachung von Miet- und Lastenzuschuss

Ziele

Finanzielle Sicherung angemessenen Wohnens; zügige Bearbeitung der vollständigen Anträge

Auftragsgrundlage

Wohngeldgesetz (WoGG), Sozialgesetzbuch (SGB) I und X

Zielgruppe

Alle Mieterinnen und Mieter sowie Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnraum i. S. von § 3 WoGG im Gebiet der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	1,99	2,04	2,12	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der Bewilligungen	Anz.	1.309	1.400	1.250	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Bewilligung	€	112	105	128	-	-	-
Verhältnis Bewilligungen zu Haushalten in Detmold (es werden 36.000 Haushalte zugrunde gelegt)	%	3,6	3,9	3,5	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Sonstige ordentliche Erträge	555,50	1.000	800	800	800	800
= Ordentliche Erträge	555,50	1.000	800	800	800	800
- Personalaufwendungen	109.249,37	111.688	120.076	121.278	122.491	123.715
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.110,43	300	500	500	500	500
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	489,44	1.360	1.750	1.750	1.750	1.750
= Ordentliche Aufwendungen	110.849,24	113.348	122.326	123.528	124.741	125.965
= Ordentliches Ergebnis	-110.293,74	-112.348	-121.526	-122.728	-123.941	-125.165
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	35.615,94	33.313	37.958	38.330	39.007	39.426
= Ergebnis	-145.909,68	-145.661	-159.484	-161.058	-162.948	-164.591

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Sonstige Einzahlungen	599,00	1.000	800	0	800	800	800

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	599,00	1.000	800	0	800	800	800
- Personalauszahlungen	102.707,78	105.460	115.146	0	116.298	117.462	118.635
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	385,76	0	0	0	0	0	0
- Sonstige Auszahlungen	426,24	1.360	1.750	0	1.750	1.750	1.750
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	103.519,78	106.820	116.896	0	118.048	119.212	120.385
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-102.920,78	-105.820	-116.096	0	-117.248	-118.412	-119.585
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	724,67	300	500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	724,67	300	500	0	500	500	500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-103.645,45	-106.120	-116.596	0	-117.748	-118.912	-120.085

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,7	0,3	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-0,7	-0,3	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Bei der Anzahl der Wohngeldbewilligungen ist aufgrund der Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung und beim Arbeitslosengeld II ein Rückgang zu verzeichnen. Im weiteren Verlauf wird mit eher gleichbleibenden Zahlen gerechnet.

In 2015 soll es eine Wohngeldnovelle geben, mit der der Miethöchstbetrag angehoben und ein Heizkostenzuschuss eingeführt werden soll. Die Auswirkungen auf die Fallzahlen können erst beziffert werden, wenn die Novelle eingebracht und die Beratungen darüber abgeschlossen sind.

Kurzbeschreibung

Schaffung, Verwaltung, Instandhaltung und Betrieb von Notunterkünften; Beratung und Hilfsangebote

Ziele

Versorgung der Zielgruppe mit Wohnraum; Förderung des eigenverantwortlichen und sozialverträglichen Zusammenlebens in den Übergangwohnheimen bzw. der Bewohner/innen und der Nachbarschaft, Integrationshilfen für Asylberechtigte

Auftragsgrundlage

Ordnungsbehördengesetz (OBG), Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG), Landesaufnahmegesetz, Satzungen der Stadt Detmold;

Konzept für die Arbeit der Kontaktstelle für Ausländer (Beschluss im Ausschuss für soziale Angelegenheiten am 13.02.1996)

Zielgruppe

von Obdachlosigkeit bedrohte Personen, Aussiedler/innen, Asylbewerber/innen, ausländische Flüchtlinge, Asylberechtigte

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	4,15	3,92	5,15	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
vorgehaltene Betten in Obdachlosenunterkünften	Anz.	54	54	54	0	0	0
untergebrachte Personen in Obdachlosenunterkünften	Anz.	24	27	27	0	0	0
vorgehaltene Betten in Übergangwohnheimen	Anz.	98	145	268	0	0	0
untergebrachte Personen in Übergangwohnheimen	Anz.	84	116	248	0	0	0
Beratungen von Asylberechtigten	Anz.	63	100	100	-	-	-
Beratungen von Asylbewerber/innen, ausländischen Flüchtlingen	Anz.	777	580	950	-	-	-
Projekte	Anz.	0	2	3	-	-	-
Teilnehmerzahl an Projekt	Anz.	0	16	24	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Betriebsaufwand je Bett pro Jahr / Obdachlosenunterkünfte	€	1.926	2.074	2.328	-	-	-
Betriebsaufwand je Bett pro Jahr / Übergangwohnheime	€	3.439	3.326	2.960	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Beratung	€	118	169	141	-	-	-
Belegungsquote Obdachlosenunterkünfte	%	44	50	50	-	-	-
Belegungsquote Übergangwohnheime	%	85	80	93	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	537,46	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
+ Sonstige Transfererträge	76.175,46	111.200	141.870	141.870	141.870	141.870
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	221.806,85	350.000	617.867	644.962	500.200	500.200
= Ordentliche Erträge	298.519,77	462.200	760.737	787.832	643.070	643.070
- Personalaufwendungen	244.121,74	239.764	344.369	347.831	351.313	354.827
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	87.220,33	293.400	544.104	494.704	377.144	377.144
- Bilanzielle Abschreibungen	4.314,49	2.500	5.500	5.500	5.500	5.500
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.551,68	7.570	8.190	8.190	8.190	8.190
= Ordentliche Aufwendungen	341.208,24	543.234	902.163	856.225	742.147	745.661
= Ordentliches Ergebnis	-42.688,47	-81.034	-141.426	-68.393	-99.077	-102.591
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	198.618,21	166.232	165.201	166.254	167.435	168.584
= Ergebnis	-241.306,68	-247.266	-306.627	-234.647	-266.512	-271.175

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Sonstige Transfereinzahlungen	76.175,46	111.200	141.870	0	141.870	141.870	141.870
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	242.899,26	350.000	617.867	0	644.962	500.200	500.200
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	319.074,72	461.200	759.737	0	786.832	642.070	642.070
- Personalauszahlungen	233.477,76	230.340	338.136	0	341.534	344.953	348.404
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	88.147,51	249.000	492.604	0	483.204	365.644	365.644
- Sonstige Auszahlungen	5.412,13	7.570	8.190	0	8.190	8.190	8.190
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	327.037,40	486.910	838.930	0	832.928	718.787	722.238
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-7.962,68	-25.710	-79.193	0	-46.096	-76.717	-80.168
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	6.179,57	48.600	66.700	0	20.700	18.700	18.700
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	6.179,57	48.600	66.700	0	20.700	18.700	18.700
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-14.142,25	-74.310	-145.893	0	-66.796	-95.417	-98.868

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	38,8	0,0	6,2	48,6	66,7	0,0	20,7	18,7	18,7
Saldo Investitionstätigkeit	-38,8	0,0	-6,2	-48,6	-66,7	0,0	-20,7	-18,7	-18,7

Erläuterungen

Die Erstattungen des Landes nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) steigen aufgrund der stark zunehmenden Zahl an Asylbewerbern. Der Bereich der Obdachlosenunterkünfte ist gegenüber dem Vorjahr im Großen und Ganzen unverändert.

Bei den Übergangwohnheimen führt die notwendige Erweiterung der Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber zu ansteigenden Nutzungsentanschädigungen und höherem Aufwand für Ausstattung, Betrieb und Unterhaltung der Unterkünfte (unter öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten und Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen).

Da von einem weiteren Anstieg der Asylbewerberzahlen und damit der unterzubringenden Personen auszugehen ist, waren die Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber in Übergangwohnheimen zu erweitern.

Aus gleichen Gründen nehmen in der Kontaktstelle die Beratungen von Asylbewerbern seit mehreren Jahren, zuletzt auch drastisch, zu.

Aufgrund dieser Situation wird der Personaleinsatz in der Kontaktstelle und bei den Übergangwohnheimen angehoben. In der Planung ab 2015 sind die entsprechenden Anpassungen enthalten.

Kurzbeschreibung

Unterstützung bei der richterlichen Entscheidungsfindung in Betreuungsverfahren, gesetzliche Vertretung von Betreuten, Beratung und Unterstützung ehrenamtlicher Betreuungspersonen sowie anderer Ratsuchender, Werbung ehrenamtlicher Betreuungspersonen, Auswahl von Berufsbetreuern, Feststellung des Tätigkeitsumfangs der Berufsbetreuer und ihrer Vergütung

Ziele

Sicherung einer interessengerechten gesetzlichen Vertretung der betroffenen Personen im Bedarfsfall

Auftragsgrundlage

Betreuungsgesetz (BtG), Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Zielgruppe

Personen, die aufgrund einer Krankheit oder Behinderung die eigenen Angelegenheiten nicht interessengerecht regeln können, und Betreuer/innen

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	2,59	1,66	2,11	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der geführten Betreuungen	Anz.	10	0	0	0	0	0
Gerichtshilfe	Anz.	195	250	250	-	-	-
andere Querschnittsaufgaben	Anz.	117	130	140	-	-	-
Beratungen in Betreuungsangelegenheiten und weiteren themennahmen sozialen Problemen	Anz.	148	160	200	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang / Jahr	€	367	249	274	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	400	400	400	400
= Ordentliche Erträge	0,00	0	400	400	400	400
- Personalaufwendungen	157.495,04	120.972	146.746	148.214	149.698	151.194
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	200	500	500	500	500
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.416,57	300	200	200	200	200
= Ordentliche Aufwendungen	158.911,61	121.472	147.446	148.914	150.398	151.894
= Ordentliches Ergebnis	-158.911,61	-121.472	-147.046	-148.514	-149.998	-151.494
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	13.456,99	12.940	14.227	14.379	14.589	14.751
= Ergebnis	-172.368,60	-134.412	-161.273	-162.893	-164.587	-166.245

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	400	0	400	400	400
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	400	0	400	400	400
- Personalauszahlungen	127.342,67	104.983	123.312	0	124.546	125.793	127.050
- Sonstige Auszahlungen	1.416,57	300	200	0	200	200	200
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	128.759,24	105.283	123.512	0	124.746	125.993	127.250
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-128.759,24	-105.283	-123.112	0	-124.346	-125.593	-126.850
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	200	500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	200	500	0	500	500	500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-128.759,24	-105.483	-123.612	0	-124.846	-126.093	-127.350

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,2	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,2	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Aus der Änderung des Betreuungsgesetzes zum 01.07.2014 resultiert ein höherer Leistungsumfang, besonders in folgenden Bereichen:

Die Anzahl der Gerichtshilfen steigt, da die Betreuungsstelle nun grundsätzlich an allen Fällen und auch an Wiederholungsverfahren zu beteiligen ist.

Aus dem neu eingeführten gesetzlichen Auftrag, Betreuungen zu vermeiden, folgt ein höherer Beratungsbedarf. Außerdem steigen die Beratungszahlen mit der zunehmenden Bedeutung von Themen wie Betreuung und Vorsorgevollmachten.

Beim Stellenanteil zeigt sich Ende 2013 eine nur kurzfristige, frühzeitige Nachbesetzung einer Stelle. Die Personalaufwendungen der Nachfolge sind in 2014 deutlich günstiger. Der in 2014 reduzierte Stellenanteil lässt sich aufgrund des gestiegenen Leistungsumfanges in 2015 nicht halten und ist entsprechend angepasst worden.

Kurzbeschreibung

Förderung und Erhalt von Behindertenarbeitsplätzen

Ziele

Integration von schwerbehinderten oder gleichgestellten Menschen im Arbeits- und Berufsleben; Ausgleich der behindertenbedingten Nachteile

Auftragsgrundlage

Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX)

Zielgruppe

Arbeitgeber/innen und schwerbehinderte oder gleichgestellte Arbeitnehmer/innen

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	0,63	0,66	0,64	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Präventions- und Kündigungsverfahren	Anz.	29	30	30	-	-	-
betreute Personen (begleitende Hilfen)	Anz.	72	60	80	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang / Jahr	€	495	599	484	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	34.776,30	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	31.846,66	0	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	66.622,96	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000
- Personalaufwendungen	42.820,04	45.834	45.533	45.988	46.448	46.913
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	300	0	0	0	0
- Transferaufwendungen	66.622,96	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.025,23	1.628	1.475	1.475	1.475	1.475
= Ordentliche Aufwendungen	110.468,23	117.762	117.008	117.463	117.923	118.388
= Ordentliches Ergebnis	-43.845,27	-47.762	-47.008	-47.463	-47.923	-48.388
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.888,93	7.267	7.282	7.348	7.472	7.547
= Ergebnis	-50.734,20	-55.029	-54.290	-54.811	-55.395	-55.935

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	34.776,30	70.000	70.000	0	70.000	70.000	70.000
+ Sonstige Transfereinzahlungen	1.500,00	0	0	0	0	0	0
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	36.276,30	70.000	70.000	0	70.000	70.000	70.000
- Personalauszahlungen	39.756,55	42.858	43.268	0	43.701	44.138	44.580
- Transferauszahlungen	66.622,96	95.000	95.000	0	70.000	70.000	70.000
- Sonstige Auszahlungen	1.034,53	1.628	1.475	0	1.475	1.475	1.475
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	107.414,04	139.486	139.743	0	115.176	115.613	116.055
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-71.137,74	-69.486	-69.743	0	-45.176	-45.613	-46.055
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	300	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	300	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-71.137,74	-69.786	-69.743	0	-45.176	-45.613	-46.055

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Bei den Erträgen handelt es sich um Mittel aus der Ausgleichsabgabe durch das Integrationsamt. In Vorjahren nicht verbrauchte und gebundene Mittel werden in das Jahr des Verbrauchs übertragen (s. sonstige ordentliche Erträge im Jahr 2013).

Die Mittel aus der Ausgleichsabgabe werden in gleicher Höhe (durchlaufende Gelder) als Beihilfen nach dem SGB IX für Menschen mit Behinderungen im Beruf verwendet (s. Transferaufwendungen).

Kurzbeschreibung

Bezuschussung der Seniorenarbeit freier Träger; Koordination der Detmolder Seniorentage; finanzielle Förderung der im Rahmen der Wohlfahrtspflege tätigen Selbsthilfegruppen und Vereine; Gemeinwesenarbeit

Ziele

Förderung der aktiven Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben, Förderung der Selbsthilfe, des Ehrenamtes und der sozialen Integration im Stadtgebiet, Sicherstellung der Verbraucherinformation und -beratung durch finanzielle Förderung

Auftragsgrundlage

Ratsbeschlüsse, Förderrichtlinien, vertragliche Vereinbarungen

Zielgruppe

Ältere Mitbürger/innen; Selbsthilfegruppen, Vereine, Verbände und Kirchen und damit Detmolder Bürger/innen

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	0,63	0,66	0,64	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
geförderte Altenbegegnungsstätten	Anz.	22	22	22	-	-	-
geförderte Selbsthilfegruppen und Vereine	Anz.	32	31	32	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
durchschnittlicher Betriebsaufwand je geförderte Einrichtung / Jahr	€	1.160	1.251	1.230	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.426,00	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	13.099,58	0	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	15.525,58	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
- Personalaufwendungen	42.818,89	45.834	45.533	45.986	46.447	46.913
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.667,99	11.800	12.000	12.000	12.000	12.000
- Transferaufwendungen	337.896,00	24.004	24.004	59.981	59.981	74.231
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.871,31	12.560	12.460	12.460	12.460	12.460
= Ordentliche Aufwendungen	400.254,19	94.198	93.997	130.427	130.888	145.604
= Ordentliches Ergebnis	-384.728,61	-92.198	-91.997	-128.427	-128.888	-143.604
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.786,61	16.585	16.883	17.088	17.353	17.573
= Ergebnis	-401.515,22	-108.783	-108.880	-145.515	-146.241	-161.177

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	2.426,00	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.426,00	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000
- Personalauszahlungen	39.755,29	42.858	43.269	0	43.700	44.137	44.580
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	8.797,99	11.500	11.500	0	11.500	11.500	11.500
- Transferauszahlungen	135.873,42	151.581	152.981	0	153.481	153.981	154.481
- Sonstige Auszahlungen	10.871,31	12.560	12.460	0	12.460	12.460	12.460
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	195.298,01	218.499	220.210	0	221.141	222.078	223.021
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-192.872,01	-216.499	-218.210	0	-219.141	-220.078	-221.021
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	300	500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	300	500	0	500	500	500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-192.872,01	-216.799	-218.710	0	-219.641	-220.578	-221.521

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,3	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,3	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Grundlagen für die Förderung der Altenbegegnungsstätten, der Selbsthilfegruppen und Vereine sind die verschiedenen Richtlinien, Ratsbeschlüsse bzw. vertraglichen Vereinbarungen.

Vertragliche Verbindungen bestehen mit der AWO e.V. / Förderung des Seniorenbegegnungszentrums Elisabethstraße bis 31.12.2018, dem Haus der Kirche Herberhausen bis 31.12.2019, der Ev-ref. Kirchengemeinde Detmold West / Gemeinwesenarbeit Hiddeser Berg bis 30.06.2018 sowie der Verbraucherberatung bis 31.12.2015. Die sich aus den Verträgen ergebenden finanziellen Verbindlichkeiten sind während der Vertragslaufzeit nur im Teilfinanzplan (s. Transferauszahlungen) enthalten. Da die Verträge mit der Verbraucherberatung Ende Dez. 2015 und mit der Ev-ref. Kirchengemeinde Detmold-West Ende Juni 2018 auslaufen, sind in der weiteren Planung ab dem Ende der Laufzeit auch Mittel im Teilergebnisplan (unter Transferaufwendungen) eingeplant.

Kurzbeschreibung

Prüfung, Vorbereitung und Durchführung einer geordneten Einreise, eines geordneten Aufenthaltes und einer geordneten Ausreise sowie Ahndung von Verstößen gegen Rechtsnormen der Auftragsgrundlage

Ziele

Sicherstellung eines geordneten Zusammenlebens im Stadtgebiet

Auftragsgrundlage

Zuwanderungsgesetz (Aufenthaltsgesetz, Freizügigkeitsgesetz-EU, Asylverfahrensgesetz etc. inkl. Vorläufige Anwendungshinweise (VAH), Verwaltungsverfahrensgesetz, Verwaltungsgerichtsordnung und andere Spezialgesetze sowie Dienstanweisungen des Innenministers

Zielgruppe

Ausländische Staatsangehörige und ihre Bezugspersonen (Familienangehörige und Arbeitgeber)

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	5,73	5,85	6,96	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Entscheidung über den Aufenthaltsstatus und Einreiseanträge / Visa	Anz.	1.891	1.900	2.000	-	-	-
Gerichts- und Haftangelegenheiten	Anz.	244	210	180	-	-	-
Pass- und Passersatzpapier-Angelegenheiten	Anz.	520	550	400	-	-	-
Beratung und Entscheidung über Integrationskurs	Anz.	79	60	100	-	-	-
Ausländer/innen in Detmold	Anz.	4.787	4.700	5.100	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anteil der Ausländer/innen an der Gesamtbevölkerung in Detmold	%	6,4	6,5	6,8	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang / Jahr	€	159	168	198	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	109,92	0	110	110	110	110
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	51.339,80	60.000	55.000	55.000	55.000	55.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-58,95	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	100	100	100	100	100
= Ordentliche Erträge	51.390,77	62.100	57.210	57.210	57.210	57.210
- Personalaufwendungen	333.807,94	347.385	415.150	419.301	423.494	427.730
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	216,25	3.700	2.550	2.550	2.550	2.550

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
- Bilanzielle Abschreibungen	109,92	200	200	200	200	200
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	39.838,92	59.120	49.390	49.390	49.390	49.390
= Ordentliche Aufwendungen	373.973,03	410.405	467.290	471.441	475.634	479.870
= Ordentliches Ergebnis	-322.582,26	-348.305	-410.080	-414.231	-418.424	-422.660
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	59.978,64	45.668	64.182	64.843	66.036	66.778
= Ergebnis	-382.560,90	-393.973	-474.262	-479.074	-484.460	-489.438

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	51.339,80	60.000	55.000	0	55.000	55.000	55.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	100	100	0	100	100	100
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	51.339,80	62.100	57.100	0	57.100	57.100	57.100
- Personalauszahlungen	300.459,28	315.600	384.561	0	388.406	392.290	396.214
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	500	250	0	250	250	250
- Sonstige Auszahlungen	40.996,99	59.120	49.390	0	49.390	49.390	49.390
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	341.456,27	375.220	434.201	0	438.046	441.930	445.854
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-290.116,47	-313.120	-377.101	0	-380.946	-384.830	-388.754
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	216,25	5.400	4.500	0	4.500	4.500	4.500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	216,25	5.400	4.500	0	4.500	4.500	4.500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-290.332,72	-318.520	-381.601	0	-385.446	-389.330	-393.254

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	8,8	0,0	0,2	5,4	4,5	0,0	4,5	4,5	4,5
Saldo Investitionstätigkeit	-8,8	0,0	-0,2	-5,4	-4,5	0,0	-4,5	-4,5	-4,5

Erläuterungen

Die Einnahmen aus Verwaltungsgebühren steigen mit den zunehmenden Ausländerzahlen, jedoch etwas gemindert um die ab Mitte Mai 2014 geltende Gebührensenkung für assoziationsberechtigte türkische Arbeitnehmer in entsprechender Umsetzung eines Urteils.

Die Erstattungen an die Bundesdruckerei für Aufenthaltstitel und Ausweisdokumente etc. (unter sonstige ordentliche Aufwendungen) steigen ebenfalls mit den zunehmenden Ausländerzahlen.

Die Betrachtung bei den Einnahmen und Erstattungen an die Bundesdruckerei bezieht sich auf das Rechnungsergebnis 2013 im Vergleich zum Plan 2015.

Es sind gegenüber 2013 wieder weniger Gerichts- und Haftangelegenheiten zu erwarten.

Die durch das Ausländeramt ersatzweise abzuwickelnden Passangelegenheiten gehen aufgrund der (eingeschränkten) Wiederaufnahme der Tätigkeit der Botschaften von Irak und Kosovo voraussichtlich zurück.

Es werden - entsprechend dem Bundestrend - weiter zunehmende Zuzüge von Ausländern erwartet. Maßgeblich sind hier steigende Asylbewerberzahlen. Die Konfliktherde im Nahen Osten sowie der Ukraine werden sich voraussichtlich weiter auswirken. Daneben könnte sich die vorsichtige Öffnung des Arbeitsmarktes bemerkbar machen.

In Folge erhöhen sich ebenfalls die Entscheidungen über Aufenthalt/Einreise und die Beratungen/Entscheidungen zur Integrationskursteilnahme.

Aufgrund dieser Unwägbarkeiten wurden der Personaleinsatz und die entsprechenden Aufwendungen in der Planung 2015 angepasst.

Planungsreport 2015

Fachbereich 2 Teilbudget Schule und Sport

I. Ausgangslage und Ausblick

Der Teilbereich Schule und Sport innerhalb des Fachbereiches 2 gliedert sich in drei Produkte:

- Schulen
- Sportförderung und Sportstätten
- Förderzentrum

Im Produkt Schulen werden die Schulträgeraufgaben der Stadt Detmold wahrgenommen (ohne Schulimmobilien). Fast ausschließlich handelt es sich bei den Leistungen dieses Produktes um gesetzliche Pflichtaufgaben.

Das Produkt Sportförderung und Sportstätten ist anders einzustufen. Wenngleich die Landesverfassung Nordrhein-Westfalen die Förderung des Sports als einen öffentlichen Auftrag einstuft, so handelt es sich bei den Leistungen in diesem Produkt um solche freiwilliger Natur.

Das Förderzentrum bietet Therapieleistungen für Schüler/innen an, die unter Legasthenie und Dyskalkulie leiden. Auch wenn die Durchführung der Therapien als kommunale Aufgabe eine freiwillige Leistung darstellt, so ist die Kostenübernahme dieser Therapien bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 35a SGB VIII eine Pflichtaufgabe für den örtlichen Träger der Jugendhilfe. In diesem Sinne führt das Förderzentrum letztlich eine Pflichtaufgabe aus.

Beim Personal sehen die Planungen für das Jahr 2015 im Teilbudget Schule und Sport den Einsatz von 49 Mitarbeiter/innen in 28,07 Vollzeitstellen vor. Rd. 73 % der Beschäftigten sind Teilzeitkräfte. Die hohe Quote erklärt sich insbesondere durch die Schulsekretariate, in denen ausschließlich Mitarbeiterinnen in Teilzeit eingesetzt sind.

Im Vergleich zum Plan 2014 findet eine Reduzierung um ungefähr 1/2 Stelle statt. Für 2014 war das Auslaufen befristeter Stundenreduzierungen eingeplant worden. Die Aufstockungsmöglichkeiten wurden von den Berechtigten nicht in diesem Umfang wahrgenommen.

Die Leistungen von Schule und Sport berühren mehrere der strategischen Handlungsfelder der Stadt, insbesondere aber stehen die Handlungsfelder Bildung, Familien und Integration im Focus der Tätigkeiten. Für die Produkte Schulen und Förderzentrum dürfte diese Aussage schon selbsterklärend sein, aber auch auf den Sport trifft dies zu. Gerade die hervorragende Integrations- und Jugendarbeit der Sportvereine, die ohne den Einsatz städtischer Ressourcen schwieriger wäre, ist für eine moderne Gesellschaft unverzichtbar.

In diesem Sinn leiten sich folgende Ziele des Teilbereichs Schule und Sport aus den strategischen Handlungsfeldern ab:

- Der Übergang von der schulischen Bildung in die berufliche Ausbildung ist auf der Basis qualifizierter Schulabschlüsse gewährleistet.
- Für alle Schülerinnen und Schüler in Detmold existiert ein ausreichendes Ganztagsangebot.
- Für sportliche Aktivitäten bestehen in Detmold günstige Rahmenbedingungen.

Auch in den nächsten Jahren wird die Schulentwicklung ein Schwerpunkt der Arbeit im Produkt Schulen sein. Schule ist kein starres System. Die demographische Entwicklung, sich ändernde gesellschaftliche Anforderungen und neue schulrechtliche Rahmensetzungen erfordern ein ständiges Anpassen und Weiterentwickeln und das nicht nur im pädagogischen Bereich. Auch der Schulträger muss seine Schulorganisation und die Sachausstattung seiner Schulen auf immer neue Gegebenheiten einstellen. Insbesondere werden folgende Themen im Blickpunkt stehen:

- Zukunft der Detmolder Schullandschaft im Bereich der weiterführenden Schulen unter besonderer Berücksichtigung der Zukunft der Haupt- und auch der Förderschule
- Fortentwicklung der bestehenden Angebote des Gemeinsamen Lernens und weiterer Aufbau inklusiver Beschulung
- Weiterentwicklung des Ganztages
- Weiterentwicklung der IT-Ausstattung der Schulen

Einige dieser Themen machen auch die zunehmend bedeutsamer werdende Schnittstelle zur Jugendhilfe deutlich. Der weitere Ausbau einer integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung wird daher zukünftig immer mehr in den Focus rücken.

Für das Produkt **Sportförderung und Sportstätten** besteht die besondere Aufgabe darin, sein Angebot an Vereine und Bevölkerung auch unter immer engeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen attraktiv und nachfragegerecht weiter zu entwickeln. Ein besonderer Schwerpunkt wird die Entwicklung und Umsetzung von Investitions- und Sanierungsmaßnahmen für Detmolder Sportstätten aus dem Aufkommen der Sportpauschale sein.

Die Nachfrage nach den Angeboten des **Förderzentrums** nimmt insbesondere im Bereich der Pflichtleistungen weiterhin zu. Auch hier ist der Spagat zwischen Ausbau und Weiterentwicklung der Leistungen und Begrenzung durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu vollbringen.

II. Finanzen

Die Wirtschaftspläne geben eine Darstellung der Finanzen im Teilergebnisplan (Ertrags- und Aufwandsarten) und Teilfinanzplan (Ein- und Auszahlungsarten).

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2013 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird der Entwurf des Jahresabschlusses 2013 zum Stand 18.11.2014 ausgewiesen.

Das Produkt Schule hat das Budget für die Schulimmobilien seit 2013 an den Fachbereich 5 abgegeben. Die Erläuterungen zu dem im Fachbereich 5 eingerichteten Produkt Schulimmobilien werden deshalb nachrichtlich als Anlage 2 zur Kenntnis gegeben.

a. Teilergebnisplan

Im Teilergebnisplan werden das Ressourcenaufkommen und der Ressourcenverbrauch abgebildet.

Die Ertragsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

810.780 €

Differenz zu 2014: + 231.276 €

In dieser Ertragsart werden im Wesentlichen die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (rd. 557.000 €), hier für die erhaltenen Zuweisungen aus der Schul- und der Sportpauschale, vereinnahmt. Die Erhöhung des Ansatzes entsteht vorrangig durch die erhöhte

Auflösung der Sonderposten durch die gestiegene Investitionstätigkeit bei Schulen und Sport. Hinzu kommen Zuweisungen für laufende Förderprogramme wie z.B. die Übermittagsbetreuung der weiterführenden Schulen (rd. 191.000 €) und Ausgleichszahlungen des Landes nach dem Konnexitätsprinzip (63.000 €).

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 50 €

Keine Differenz zu 2014

Dies sind Verwaltungsgebühren, die bei großen Ausschreibungen für die Anforderung der Angebotsunterlagen erhoben werden.

Privatrechtliche Leistungsentgelte 148.550 €

Differenz zu 2014: - 11.650 €

Wesentliche Ertragsposten: 100.000 € entfällt auf die Pachtzahlung der DetCon GmbH für die Freibäder, rd. 45.000 sind als Entgelte für die private Nutzung von Schulraum und Sportstätten vorgesehen. Die Reduzierung des Ansatzes erfolgt bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten für Therapieangebote des Förderzentrums (siehe hierzu Produktbericht).

Kostenerstattungen und Kostenumlagen 68.900 €

Differenz zu 2014: + 19.600 €

Der größte Posten i.H.v. 65.000 € ist die Verwaltungskostenerstattung der DetCon GmbH für die Betriebsführung der Freibäder durch das Personal der Sportverwaltung. Der Ansatz ist an die aktuelle Situation angepasst worden.

Ordentliche Erträge insgesamt 1.028.280 €

Differenz zu 2014: + 239.226 €

Die Aufwandsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Personalaufwendungen 1.631.448 €

Differenz zu 2014: + 60.817 €

Die Kalkulation der Personalaufwendungen orientiert sich an einheitlich festgelegten Eckpunkten (siehe Vorbericht zum Haushaltsplan 2015) und der Einschätzung der Personalentwicklung.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 2.516.080 €

Differenz zu 2014: + 79.600 €

Die größten Positionen in dieser Kostenart sind die Schülerbeförderungskosten (1.532.200 €), die Aufwendungen für Schul-IT und –Telekommunikation (338.000 €), für Lernmittel und Inventaraufwand der Schulen im Rahmen des Schulbudgets (375.300 €) sowie für Unterhaltung und Betrieb der Sportstätten und des Turnhalleninventars (rd. 250.000 €). Der Anstieg des Ansatzes ist durch höhere Aufwendungen für die Schul-IT in Ausführung des neuen Medienentwicklungsplanes und für zusätzliche Aufwendungen für die Unterhaltung und Ersatz der Sportstätten und der Sporthallengeräte. Sinkende Schülerzahlen ermöglichen niedrigere Ansätze bei Schülerbeförderung und Schulbudget. Nähere Erläuterungen sind in den Produkterläuterungen zu Schulen und Sport zu finden.

Bilanzielle Abschreibungen 454.780 €

Differenz zu 2014: + 31.571 €

Wesentliches Anlagevermögen im Budget Schule und Sport sind die Sportimmobilien

und das bewegliche Vermögen der Schul-IT. Aufgrund erhöhter Investitionen (Medienentwicklungsplan, Sportstättenprogramm) steigen die Abschreibungen.

Transferaufwendungen 291.868 €

Differenz zu 2014: + 1.000 €

In erster Linie enthält diese Aufwandsart die Weiterleitung der Fördermittel für die Übermittagsbetreuung der weiterführenden Schulen, für Maßnahmen zur Verbesserung des Übergangs Schule/Beruf und für das Programm „Kultur und Schule“ (rd. 217.000 €) an die Schulen. Hinzu kommen noch Fördergelder des Sports an einzelne Vereine für die Unterhaltung verschiedener Sporteinrichtungen sowie an die Schwimmvereine zur Benutzung des Aqualip (rd. 27.000 €). Ein Betrag von 47.000 € ist jährlich als Auflösung des Investitionszuschusses an den Kreis Lippe für sein Sportzentrum an der Wittekindstraße eingestellt.

Sonstige ordentliche Aufwendungen 662.275 €

Differenz zu 2014: - 35.180 €

Größter Einzelposten in dieser Kostenart ist die Schülerunfallversicherung, auf die ein Betrag von 420.000 € entfällt, rd. 24.000 € weniger als im Vorjahr. Die Geschäftsaufwendungen (einschl. Schulen) haben einen Umfang von rd. 161.000 €, rd. 7.000 € unter 2014. Ein Betrag von 51.000 € wird als Eintrittsgeld für das Schulschwimmen im Aqualip eingeplant. Weitere Beträge sind für einzelne sonderpädagogische Maßnahmen (5.000 €), für die Anmietung von Sportstätten (17.500 €) und für Sportlerehrungen (rd. 4.500 €) vorgesehen.

Ordentliche Aufwendungen insgesamt 5.556.451 €

Differenz zu 2014: + 137.808 €

Erträge aus internen Leistungsbeziehungen 66.540 €

Differenz zu 2014: + 5.400 €

Wichtigster Ertrag an dieser Stelle sind die Verrechnungen zwischen Jugendamt und Förderzentrum zur Erfüllung von Pflichtleistungen nach § 35a SGB VIII (54.400 €). kleinere Beträge sind für die Überlassung von Schwimmmeistern an andere Verwaltungsstellen im Winter und für die Schulraumnutzung durch andere Fachbereiche eingeplant.

Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen 212.044 €

Differenz zu 2014: + 18.589 €

Ergebnis - 4.673.675 €

Differenz zu 2014: + 88.229 €

b. Teilfinanzplan

Im Teilfinanzplan werden die Zahlungsströme dargestellt. Die Finanzvorgänge, die keine Ein- oder Auszahlungen verursachen, werden nicht aufgeführt. Besondere Bedeutung haben in dieser Teilrechnung die Investitionen.

Gegenüber dem Teilergebnisplan ergeben sich folgende Unterschiede:

Zuwendungen und allgemeine Umlagen 253.700 €

In dieser Teilrechnung gibt es keine Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, deshalb ist dieser Posten rd. 557.000 € niedriger als im Ergebnisplan.

Personalauszahlungen 1.560.444 €

Die Auszahlungen sind um rd. 71.000 € geringer als die Aufwendungen im Ergebnisplan, da Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach beamtenrechtlichen Vorschriften (Pensionen und Beihilfen für aktive Beamte und Versorgungsempfänger) und zur Altersteilzeit nicht finanzwirksam sind.

Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen 2.432.580 €

Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen enthalten nicht die Aufwendungen für die Ersatzbeschaffungen, die über Festwerte bzw. als Investitionsgüter unter 410 € im Teilergebnisplan gebucht werden (183.500 €). Die entsprechenden Auszahlungen werden im Teilfinanzplan investiv unter Auszahlungen für bewegliches Anlagevermögen nachgewiesen.

Transferauszahlungen 244.868 €

Die jährliche Auflösung des 2011/2012 gezahlten Investitionszuschusses an den Kreis Lippe (47.000 €) betrifft nur die Ergebnisrechnung (siehe Erläuterungen im Teilergebnisplan).

Die Internen Leistungsbeziehungen (Saldo rd. 145.000 €) und die bilanziellen Abschreibungen in Höhe von rd. 455.000 € sind nur im Teilergebnisplan ausgewiesen.

Investitionstätigkeit

Folgende Investitionsmaßnahmen im Gesamtvolumen von 751.200 € sind 2014 geplant:

- | | |
|--|-----------|
| - Beschaffungen für Schul-IT aufgrund des Medienentwicklungsplanes 2.0 : | 731.700 € |
| - Ersatzbeschaffungen für Schulen (Telekommunikation): | 8.000 € |
| - Ersatzbeschaffungen Sporthallengeräte: | 10.000 € |
| - Ersatzbeschaffungen Inventar für Schul- und Sportverwaltung und Förderzentrum: | 1.500 € |
| - Schlusszahlungen für die Maßnahmen aus dem Sportstättenprogramm 2014 | 60.000 € |

Um frühzeitig mit den notwendigen Planungen der für 2016 vorgesehenen Projekte im Rahmen des Sportstättenprogramms beginnen zu können, wurde hierfür eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000 € aufgenommen.

Ziele

1. Der Übergang von der schulischen Bildung in die berufliche Ausbildung ist auf der Basis qualifizierter Schulabschlüsse gewährleistet.
2. Für alle Schülerinnen und Schüler in Detmold existiert ein ausreichendes Ganztagsangebot.
3. Für sportliche Aktivitäten bestehen in Detmold günstige Rahmenbedingungen.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	746.668,81	579.504	810.780	826.280	829.480	854.280
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	512,00	50	50	50	50	50
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	151.532,93	160.200	148.550	148.550	148.550	148.550
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	53.647,16	49.300	68.900	69.550	70.207	70.870
+ Sonstige ordentliche Erträge	14.800,00	0	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	967.160,90	789.054	1.028.280	1.044.430	1.048.287	1.073.750
- Personalaufwendungen	1.431.904,00	1.570.631	1.631.448	1.647.439	1.663.573	1.679.779
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.154.846,70	2.436.480	2.516.080	2.412.080	2.396.080	2.404.080
- Bilanzielle Abschreibungen	651.133,74	423.209	454.780	518.280	537.480	552.880
- Transferaufwendungen	289.569,20	290.868	291.868	291.868	291.868	291.868
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	697.802,92	697.455	662.275	662.275	662.275	662.275
= Ordentliche Aufwendungen	5.225.256,56	5.418.643	5.556.451	5.531.942	5.551.276	5.590.882
= Ordentliches Ergebnis	-4.258.095,66	-4.629.589	-4.528.171	-4.487.512	-4.502.989	-4.517.132
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	37.300,00	0	0	0	0	0
= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-4.295.395,66	-4.629.589	-4.528.171	-4.487.512	-4.502.989	-4.517.132
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	66.879,52	61.140	66.540	66.540	66.540	66.540
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	212.763,55	193.455	212.044	213.819	217.300	219.375
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-145.884,03	-132.315	-145.504	-147.279	-150.760	-152.835
= Ergebnis	-4.441.279,69	-4.761.904	-4.673.675	-4.634.791	-4.653.749	-4.669.967

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	224.583,88	225.900	253.700	0	253.700	253.700	253.700
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.274,00	50	50	0	50	50	50
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	152.735,93	160.200	148.550	0	148.550	148.550	148.550
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	47.946,19	49.300	68.900	0	69.550	70.207	70.870
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	427.540,00	435.450	471.200	0	471.850	472.507	473.170
- Personalauszahlungen	1.335.434,65	1.482.216	1.560.444	0	1.575.725	1.591.143	1.606.624
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.142.962,41	2.362.980	2.432.580	0	2.382.580	2.382.580	2.382.580
- Transferauszahlungen	243.358,37	243.868	244.868	0	244.868	244.868	244.868
- Sonstige Auszahlungen	716.015,45	697.455	662.275	0	662.275	662.275	662.275
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.437.770,88	4.786.519	4.900.167	0	4.865.448	4.880.866	4.896.347
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-4.010.230,88	-4.351.069	-4.428.967	0	-4.393.598	-4.408.359	-4.423.177
- Auszahlungen für Baumaßnahmen (Kassenwirksamkeit)	-6.740,77	783.000	60.000	100.000	1.095.000	0	622.000
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	150.292,13	182.500	751.200	0	(100.000)	(0)	(0)
					406.500	352.900	377.200

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
= Auszahlungen aus Investitions- tätigkeit	143.551,36	965.500	811.200	100.000	1.501.500	352.900	999.200
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-143.551,36	-965.500	-811.200	-100.000	-1.501.500	-352.900	-999.200
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-4.153.782,24	-5.316.569	-5.240.167	-100.000	-5.895.098	-4.761.259	-5.422.377
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Finanztätigkeit	-4.153.782,24	-5.316.569	-5.240.167	-100.000	-5.895.098	-4.761.259	-5.422.377

Kurzbeschreibung

Schulträgeraufgaben der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen der Stadt Detmold:

- Schulentwicklungsplanung und Durchführung schulorganisatorischer Maßnahmen
- Bereitstellung und Unterhaltung der erforderlichen Sachmittel für die Bereiche Schulbudget (einschl. Lernmittel), Schul-IT und Telekommunikation
- Betrieb der Schulsekretariate (Personal, Technik)
- Durchführung der Schülerfahrkostenverordnung
- Mitwirkung bei Organisation der Schülerbeförderung, Schulwegsicherung und Abstimmung der Schulanfangszeiten
- Serviceleistungen für Schulen und Schüler/innen (Versicherungen, Schulschwimmen, Betreuungs- und Ganztagsangebote, sonderpädagogische Förderung, Förderung von Schulveranstaltungen usw.)

Kommunale Aufgaben im Rahmen der Schulpflichtüberwachung

Außerschulische Nutzung der Schulgebäude und -anlagen

Ziele

- Sicherstellung und Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten Schul- und Schulraumversorgung
- Sichere und wirtschaftliche Schülerbeförderung bei größtmöglicher Einbindung in den öffentlichen Linienverkehr
- Weiterentwicklung der Schul-IT unter pädagogischen, wirtschaftlichen und technischen Gesichtspunkten
- Sicherung der Funktion der Schulsekretariate unter Beachtung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen
- Absicherung der Schüler/innen bei Unfällen und anderen Schadensereignissen
- Sicherung und Weiterentwicklung eines angemessenen Betreuungs- und Ganztagsangebotes für Schüler/innen
- Finanzielle Ausgleich für Benachteiligte
- Außerschulische Nutzung des städtischen Infrastrukturvermögens unter Abwägung öffentlicher und betriebswirtschaftlicher Ziele

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NW mit den dazu erlassenen Verordnungen, Erlassen usw. (insb. Schülerfahrkostenverordnung)

Beschlüsse des Rates

Benutzungsordnung für schulische Räume und Einrichtungen

Zielgruppe

Schulen der Stadt Detmold

Schülerinnen und Schüler der städtischen Schulen

Außerschulische Nutzer der Schulgebäude

Politisches Gremium

Ausschuss für Schule und Sport

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	19,55	22,51	21,72	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl Schüler/innen gesamt	Anz.	8.073	7.747	7.678	-	-	-
Teilnehmer/innen Offene Ganztagschule	Anz.	1.360	1.374	1.474	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl Schüler/innen Grundschulen	Anz.	2.683	2.617	2.584	-	-	-
Anzahl Schüler/innen Hauptschule	Anz.	214	159	185	-	-	-
Anzahl Schüler/innen Realschulen	Anz.	1.353	1.331	1.272	-	-	-
Anzahl Schüler/innen Gymnasien	Anz.	2.578	2.506	2.468	-	-	-
Anzahl Schüler/innen Gesamtschule	Anz.	1.089	992	1.020	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl Schüler/innen Förderschule	Anz.	156	142	146	-	-	-
Anzahl Schüler/innen gesamt	Anz.	8.073	7.747	7.678	-	-	-
Gesamtzahl Fahrschüler/innen	Anz.	2.384	2.550	2.384	-	-	-
Abschluss Allgemeine Hochschulreife (Quote)	%	48	42	48	-	-	-
Abschluss Fachhochschulreife (Quote)	%	2	2	2	-	-	-
Abschluss Fachoberschulreife einschl. Hauptschulabschluss 10B (Quote)	%	38	34	38	-	-	-
Abschluss Hauptschule 10A (Quote)	%	7	12	7	-	-	-
Abschluss Hauptschule (Quote)	%	2	6	2	-	-	-
Abschluss des Bildungsganges im Förderschwerpunkt Lernen (Quote)	%	2	2	2	-	-	-
Schulabgänger/innen ohne Abschluss (Quote)	%	1	0	0	-	-	-
Durchschnittlicher Aufwand je Schüler/innen	€	560,52	589,53	604,27	-	-	-
Durchschnittlicher Beförderungsaufwand je Schüler/in	€	182,85	201,89	200,56	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	556.764,87	357.920	589.780	582.580	592.880	607.280
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	50	50	50	50	50
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	38.325,13	41.250	40.250	40.250	40.250	40.250
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.023,35	4.400	3.750	3.750	3.750	3.750
+ Sonstige ordentliche Erträge	14.800,00	0	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	612.913,35	403.620	633.830	626.630	636.930	651.330
- Personalaufwendungen	1.033.110,19	1.150.183	1.189.900	1.201.802	1.213.816	1.225.855
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.974.717,79	2.250.500	2.266.000	2.218.000	2.202.000	2.210.000
- Bilanzielle Abschreibungen	378.382,87	133.075	172.080	212.880	239.180	245.580
- Transferaufwendungen	215.801,20	217.100	218.100	218.100	218.100	218.100
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	666.468,60	663.100	630.000	630.000	630.000	630.000
= Ordentliche Aufwendungen	4.268.480,65	4.413.958	4.476.080	4.480.782	4.503.096	4.529.535
= Ordentliches Ergebnis	-3.655.567,30	-4.010.338	-3.842.250	-3.854.152	-3.866.166	-3.878.205
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	37.300,00	0	0	0	0	0
= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-3.692.867,30	-4.010.338	-3.842.250	-3.854.152	-3.866.166	-3.878.205
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	3.710,00	4.240	4.140	4.140	4.140	4.140
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	166.029,98	153.224	163.469	164.943	167.964	169.705
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-162.319,98	-148.984	-159.329	-160.803	-163.824	-165.565
= Ergebnis	-3.855.187,28	-4.159.322	-4.001.579	-4.014.955	-4.029.990	-4.043.770

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	224.583,88	225.900	253.700	0	253.700	253.700	253.700
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	50	50	0	50	50	50
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	39.993,13	41.250	40.250	0	40.250	40.250	40.250
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	3.023,35	4.400	3.750	0	3.750	3.750	3.750
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	267.600,36	271.600	297.750	0	297.750	297.750	297.750
- Personalauszahlungen	955.764,20	1.077.255	1.129.876	0	1.141.178	1.152.586	1.164.012
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.967.719,33	2.182.000	2.093.500	0	2.093.500	2.093.500	2.093.500

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
- Transferauszahlungen	215.801,20	217.100	218.100	0	218.100	218.100	218.100
- Sonstige Auszahlungen	684.604,28	663.100	630.000	0	630.000	630.000	630.000
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.823.889,01	4.139.455	4.071.476	0	4.082.778	4.094.186	4.105.612
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-3.556.288,65	-3.867.855	-3.773.726	0	-3.785.028	-3.796.436	-3.807.862
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-6.740,77	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	147.730,57	177.500	740.200	0	401.500	347.900	372.200
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	140.989,80	177.500	740.200	0	401.500	347.900	372.200
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-3.697.278,45	-4.045.355	-4.513.926	0	-4.186.528	-4.144.336	-4.180.062

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
B03132600 Beschaffung von Hardware oberhalb 410 EUR									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.159,6	0,0	80,8	104,0	512,0	0,0	232,6	200,0	215,0
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	180,2	0,0	60,2	73,5	228,2	0,0	168,9	147,9	157,2
Saldo Investitionstätigkeit	-1.339,8	0,0	-141,0	-177,5	-740,2	0,0	-401,5	-347,9	-372,2

Erläuterungen

1. Finanzen

1.1. Ergebnisplan

1.1.1. Erträge

Vom Plan 2014 zum Plan 2015 erhöhen sich die Erträge um rd. 200.000 € auf rd. 634.000 €. Zurückzuführen ist das auf höhere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuwendungen aus der Schulpauschale, insbesondere ist das hier die Refinanzierung der Investitionen für den Medienentwicklungsplan. Darüber hinaus sind mit 27.000 € erstmalig Erträge aus der neuen Inklusionszahlung des Landes veranschlagt. Dies sind rd. 20 % des Gesamtbetrages. Der Rest ist im Produkt "Schulsozialarbeit" des Teilbudgets Jugend dargestellt.

1.1.2. Aufwendungen

Die Ordentlichen Aufwendungen betragen insg. rd. 4,48 Mill. €. Sie übersteigen damit den Plan 2014 um rd. 62.000 € und verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Kostenarten:

a) Die Personalaufwendungen steigen im Plan 2015 um rd. 40.000 € auf rd. 1,19 Mio. €. In der Kalkulation wurden die zentralen Vorgaben umgesetzt. Die Veränderungen gegenüber 2014 beruhen auf Einberechnung der tariflichen Steigerungen und der Erwartung an den Stellenbedarf für 2015.

b) Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betragen rd. 2,27 Mio. €. Sie liegen rd. 15.000 € über dem Vorjahr. Den größten Anteil an dieser Kostenart haben die Aufwendungen für die Schülerbeförderung mit rd. 1,53 Mio. €. Sie liegen rd. 24.000 € unter dem Vorjahr aufgrund niedrigerer Schülerzahlen.

Rd. 175.000 € sind für die Unterhaltung und Betrieb der Schul-IT und der Telekommunikationseinrichtungen in den Schulen angesetzt. Dies entspricht ungefähr der Kalkulation des MEP 2.0 liegt rd. 30.000 € unter dem Betrag für 2014. Zu 2015 hat sich aber die Position für die Beschaffung von Hard- und Software unter 410 € (von 60.000 € auf 164.000 €) erhöht. Die Höhe dieses Ansatzes ist eine Folge des im MEP 2.0 dargestellten Beschaffungsbedarfes.

Im weiteren sind in dieser Kostenart die Ansätze des Schulbudgets für Einrichtung und Ausstattung und Lernmittel enthalten (nähere Erläuterungen siehe hierzu f). Die Ansätze werden aufgrund niedriger Schülerzahlen rd. 13.600 € niedriger als 2014 angemeldet.

Da kein neues Projekt wie Schul- oder Medienentwicklungsplan vorgesehen ist, ist der Ansatz für Beratungskosten um 20.000 € reduziert worden.

c) Die bilanziellen Abschreibungen werden mit rd. 172.000 € angesetzt und liegen damit rd. 40.000 € über dem Plan 2014. Dies ist eine Folge der Neuinvestitionen des MEP 2.0.

d) Bei den Transferaufwendungen wird mit rd. 218.000 € geplant, was dem Vorjahresansatz entspricht. In dieser Kostenart ist Weitergabe von Fördergeldern für Programme wie die Übermittagsbetreuung der weiterführenden Schulen, "Schule und Kultur", Schule/Beruf oder anderer Programme sowie die freiwillige Schulträgerförderung von Schulveranstaltungen enthalten.

e) Auf die sonstigen ordentlichen Aufwendungen entfallen rd. 630.000 €. Das sind rd. 33.000 € weniger als der Planansatz 2014. Der Ansatz für die gesetzliche Schülerunfallversicherung ist um rd. 24.000 € und der Ansatz für Geschäftsaufwendungen der Schulen (Schulbudget) um rd. 7.000 € niedriger angesetzt. Der Rest entfällt auf mehrere kleinere Positionen.

f) Das Schulbudget der Schulen setzt sich aus den Aufwendungen für Geschäftsaufwendungen, (Unterhaltung der) Einrichtung und Ausstattung und Lernmitteln zusammen. Es verteilt sich auf zwei Kostenarten und ist für die Schulen in sich gegenseitig deckungsfähig. Der Ansatz für Lernmittel wird entsprechend einer Landesvorgabe nach Anzahl der Schüler und differenziert nach Schulformen ermittelt. Die anderen Ansätze

werden nach verschiedenen Schlüsseln im freien Ermessen des Schulträgers festgesetzt. Insgesamt sinkt der Ansatz im Jahresvergleich, den gesunkenen Schülerzahlen geschuldet, um 18.000 €. Es zeigt sich aber inzwischen, dass die Berechnungsgrundlagen und -schlüssel nicht mehr immer realitätsnah sind, die Schulen häufig Probleme haben, das festgesetzte Budget einzuhalten. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit Schulleitungen wird derzeit an diesem Problem gearbeitet. Möglicherweise sind Anpassungen in der Haushaltsausführung und in künftigen Planungen an dieser Stelle erforderlich.

1.1.3. Saldo des Ergebnisplanes

Unter Einbeziehung der Internen Leistungsverrechnung ergibt sich für den Teilergebnisplan eine Unterdeckung in Höhe von rd. 4,0 Mio. €. Dieser Zuschussbedarf hat sich im Vergleich zum Plan 2014 um rd. 144.000 € verringert.

1.2. Finanzplan

Der Finanzplan unterscheidet sich in einigen Bereichen vom Ergebnisplan. Nicht berücksichtigt werden darin Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, der Aufwand für die Bildung von Rückstellungen, Abschreibungen und die internen Leistungsverrechnungen. Berücksichtigt werden dagegen Zahlungen aus der Inanspruchnahme von Rückstellungen und die Investitionen.

Folgende Investitionen sind vorgesehen:

- 731.700 € für die Schul-IT (Medienentwicklungsplan 2.0)
- 8.000 € Ersatzbeschaffungen für die Telekommunikationseinrichtungen der Schulen
- 500 € Ersatzbeschaffung für das Inventar der Schulverwaltung

In seinem Ergebnis weist der Teilfinanzplan für das Produkt Schulen eine Unterdeckung in Höhe von rd. 4,52 Mio. € aus. Diese fällt fast 475.000 € höher als 2014 aus, bedingt durch die gestiegenen Investitionen für Schul-IT.

2. Leistungen und Kennzahlen

Die "Anzahl Schüler/innen" zeigt im "Ist 2013" die Daten aus der Schulstatistik vom Oktober 2013. Im "Plan 2014" und im "Plan 2015" werden die Daten aus der internen Fortschreibung der Schülerprognosen für die Schulentwicklungsplanung der Grund- und der weiterführenden Schulen für die Schuljahre 2014/2015 und 2015/2016 dargestellt.

Bei den Schulabschlüssen werden im "Ist 2013" die Daten für das Schuljahr 2012/2013 der städtischen Schulen in Detmold dargestellt. Für den "Plan 2015" wurden diese Daten als Ziel übernommen, lediglich die "Schüler/innen ohne Abschluss" wurden auf "null" gesetzt. Schüler/innen ohne Abschluss soll es nicht als vorher definiertes Ziel geben. Im "Plan 2014" sind die Daten nach der gleichen Logik eingesetzt worden.

3. Ausblick

Auch in den nächsten Jahren wird Schulentwicklungsplanung ein prägendes Thema sein. Neben den klassischen Kapazitäts- und Raumfragen werden grundsätzliche schulorganisatorische und auch inhaltliche Fragestellungen an Gewicht gewinnen. Die Abgrenzungen zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten werden sich weiter auflösen.

2015 liegen im Produkt Schulen folgende Themen im Schwerpunkt:

- Beobachtung der Detmolder Schullandschaft unter Berücksichtigung der rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen
- Zukunft der Haupt- und der Förderschule
- Fortentwicklung bestehender Angebote des Gemeinsamen Lernens und weiterer Ausbau inklusiver Beschulung
- Ausführung des neuen Medienentwicklungsplanes 2.0

Kurzbeschreibung

Bau, Unterhaltung und Betrieb von Sportstätten
 Schwimm- und Badebetrieb in den Freibädern
 Unterstützung des Stadtsportverbandes und der Sportvereine einschließlich Leistung von Zuschüssen

Ziele

- Ausbau des Breitensports durch mehr Erholungs-, Freizeit- und Gesundheitsangebote
- Förderung des Leistungssports
- Bereitstellung eines vielfältigen Angebots von Sportplätzen und Sporthäusern zur Förderung der Gesundheitserziehung durch sportliche Aktivitäten
- Wirtschaftlicher und umweltverträglicher Bau und Betrieb der Einrichtungen
- Erhalt und wirtschaftlicher Betrieb der Freibäder

Auftragsgrundlage

Artikel 18 Absatz 3 Landesverfassung Nordrhein-Westfalen
 Beschlüsse des Rates

Zielgruppe

(Sporttreibende) Einwohner/innen Detmolds, Sportvereine, Stadtsportverband, Schulen

Politisches Gremium

Ausschuss Schule und Sport

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	4,29	4,52	4,83	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Zahl der Vereine	Anz.	68	68	68	-	-	-
Zahl der Vereinsmitglieder	Anz.	21.897	21.900	21.200	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Bereitstellung von Sportstätten	qm	344.145	344.145	329.560	-	-	-
Direktförderung von Sportvereinen nach Zahl der Mitglieder	€	2,99	2,90	2,99	-	-	-
Organisationsgrad (Anzahl der Mitglieder in Sportvereinen / Gesamtzahl der Einwohner)	%	29,25	29,70	28,30	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vereinsmitglied	€	37,77	40,35	45,83	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je qm Sportstätte	€	1,54	1,68	1,98	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	189.903,94	221.584	221.000	243.700	236.600	247.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	512,00	0	0	0	0	0
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	105.067,80	104.950	105.000	105.000	105.000	105.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	50.623,81	44.900	65.150	65.800	66.457	67.120

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
= Ordentliche Erträge	346.107,55	371.434	391.150	414.500	408.057	419.120
- Personalaufwendungen	260.724,86	272.997	297.257	300.232	303.230	306.262
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	180.128,91	185.480	249.580	193.580	193.580	193.580
- Bilanzielle Abschreibungen	272.750,87	290.134	282.700	305.400	298.300	307.300
- Transferaufwendungen	73.768,00	73.768	73.768	73.768	73.768	73.768
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	22.885,67	24.235	24.155	24.155	24.155	24.155
= Ordentliche Aufwendungen	810.258,31	846.614	927.460	897.135	893.033	905.065
= Ordentliches Ergebnis	-464.150,76	-475.180	-536.310	-482.635	-484.976	-485.945
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	9.839,49	2.500	8.000	8.000	8.000	8.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	44.082,86	37.050	44.215	44.484	44.912	45.211
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-34.243,37	-34.550	-36.215	-36.484	-36.912	-37.211
= Ergebnis	-498.394,13	-509.730	-572.525	-519.119	-521.888	-523.156

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.274,00	0	0	0	0	0	0
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	103.477,80	104.950	105.000	0	105.000	105.000	105.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	44.922,84	44.900	65.150	0	65.800	66.457	67.120
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	150.674,64	149.850	170.150	0	170.800	171.457	172.120
- Personalauszahlungen	244.000,31	258.571	286.277	0	289.142	292.030	294.950
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	175.243,08	180.980	339.080	0	289.080	289.080	289.080
- Transferauszahlungen	27.557,17	26.768	26.768	0	26.768	26.768	26.768
- Sonstige Auszahlungen	23.006,36	24.235	24.155	0	24.155	24.155	24.155
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	469.806,92	490.554	676.280	0	629.145	632.033	634.953
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-319.132,28	-340.704	-506.130	0	-458.345	-460.576	-462.833
- Auszahlungen für Baumaßnahmen (Kassenwirksamkeit)	0,00	783.000	60.000	100.000	1.095.000 (100.000)	0 (0)	622.000 (0)
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	2.561,56	4.500	10.500	0	4.500	4.500	4.500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.561,56	787.500	70.500	100.000	1.099.500	4.500	626.500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-321.693,84	-1.128.204	-576.630	-100.000	-1.557.845	-465.076	-1.089.333

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
X08132700 Auszahlungen für Spiel- und Sportanlagen									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.777,0	0,0	0,0	783,0	60,0	100,0	1.095,0	0,0	622,0
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	2,6	4,5	10,5	0,0	4,5	4,5	4,5
Saldo Investitionstätigkeit	-1.777,0	0,0	-2,6	-787,5	-70,5	-100,0	-1.099,5	-4,5	-626,5

Erläuterungen

Bei den Leistungen ist die Anzahl der Vereine konstant, die Gesamtmitgliederzahl der im Sportverband Detmold e.V. organisierten Vereinsmitglieder verringert sich auf 21.200. Die Reduzierung ergibt sich aus den vorliegenden Daten für 2013 sowie einer Einschätzung der Entwicklung für 2015.

Nach der Umwandlung eines Tennensportplatzes Pivitsheide VL in einen Kunstrasenplatz sowie der Modernisierung der Sportanlage Hiddesen wurde eine Überarbeitung der Angaben für die Nutz- und Nebenflächen der städtischen Sportanlagen erforderlich. Es stehen nunmehr

7 Rasen-, 7 Tennis-, 5 Kunstrasenplätze und ein Kunstrasenkleinspielfeld zur Verfügung. Deren Gesamtfläche von 329.560 qm verteilt sich nach einer Überprüfung nunmehr wie folgt:

54.721 qm Nutzfläche Rasensportplätze
53.526 qm Nutzfläche Tennensportplätze
55.967 qm Nutzfläche Kunstrasenplätze
4.722 qm Nutzfläche Sporthäuser
2.157 qm Nutzfläche von drei Turnhallen in vereinseigener Trägerschaft
158.467 qm Nebenflächen an Sportanlagen

Die Direktförderung an Sportvereine für das Jahr 2015 in Höhe von 63.413 € ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gleich bleibend, aufgrund fallender Gesamtmitgliederzahlen erhöht sich die Förderung auf 2,99 €/Mitglied. Die Fördersumme gliedert sich wie folgt auf:

1.700 € Zuschüsse Flutlicht an Sportplätzen
35.000 € Zuschüsse Energiekosten städtische Sporthäuser
18.513 € Zuschüsse für drei Turnhallen in Vereinsregie
8.200 € Zuschüsse an Schwimmvereine (Aqualip)

Die Abwicklung der ehemals freiwilligen städtischen Zuschüsse an Sportvereine über Sponsoring durch die Stadtwerke Detmold (50.000 € netto) ist vertraglich mit dem Sportverband Detmold bis 2015 geregelt. Als Gegenleistung für das sportliche Engagement der Stadtwerke bewerben die Vereine den Vertragspartner bei sportlichen Veranstaltungen, in Sport- und Vereinshäusern sowie an Sportplätzen. Die Zusammenarbeit soll fortgesetzt werden.

Gemeinsam mit dem Sportverband Detmold ist zu erörtern, ob und inwieweit das System zur Umsetzung der Inhalte des Sponsoringvertrages mit den Stadtwerken Detmold GmbH modifiziert werden muss. Unter Umständen erweisen sich Verteilerschlüssel als nicht zeitgemäß oder der Abwicklungsprozess muss praktikabler gestaltet werden. Hier dienen die Erkenntnisse aus den Jahren 2012 bis 2014 zur Reflexion.

Die Ressourcenkennzahl des Betriebsaufwandes je qm Sportfläche ist geprägt vom Aufwand nur für die Sportstätten, während sich der Betriebsaufwand je Vereinsmitglied auf den ganzen Produktaufwand bezieht.

Der Zuschussbedarf des Produktes erhöht sich im Vergleich vom Plan 2014 zum Plan 2015 um rd. 63.000 € auf rd. 573.000 €.

Zunächst steigen trotz insgesamt höherer Unterdeckung die Erträge von rd. 20.000 € auf rd. 391.000 €. Dieses resultiert aus höheren Erträgen aus der Verwaltungskostenabrechnung mit der DetCon GmbH für die Betriebsführung der Freibäder.

Die Personalaufwendungen steigen um rd. 24.000 € auf rd. 297.000 €. Darin enthalten sind allgemeine tarifliche Steigerungen und eine geringfügige Personalverstärkung im Umfang von 0,31 Stellen.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen im Vergleich zu 2013 um rd. 64.000 € auf rd. 250.000 €. Ein Großteil hiervon entfällt aufgrund des Alters der Sportimmobilien auf höhere Aufwendungen in der Grundstücks- und Gebäudeunterhaltung. Insbesondere ist für die notwendige Reparatur des Tennisplatzes in Pivitsheide VH ein Betrag von 50.000 € eingeplant. Die 20 Jahre alte Deckschicht ist durch Witterung und Bespielung inzwischen komplett zerschlissen, was eine ausreichende Wasserdurchlässigkeit nicht mehr gewährleistet. Der Verein soll sich mit Eigenleistungen im Rahmen seiner Möglichkeiten an der Maßnahme beteiligen. Die Maßnahme kann durch Erträge aus der Sportpauschale refinanziert werden. Hier sind Mittel freigeworden, da der Neubau des Kunstrasenplatzes in Pivitsheide VL in 2014 um rd. 90.000 € günstiger ausfällt. Der Ertrag aus der Sportpauschale wird im Zentralhaushalt dargestellt. Ferner ist vorgesehen, in der Sporthalle der Geschwister-Scholl-Gesamtschule elektrisch hochfahrbare Fußball- und Handballtore im Rahmen der Ersatzbeschaffung zu installieren (ca. 5.000 €). Die bilanziellen Abschreibungen sinken leicht um rd. 7.000 €. Die Transferaufwendungen und die sonstigen ordentlichen Aufwendungen bleiben nahezu konstant.

Für 2015 sind keine neuen Investitionsmaßnahmen aus dem vom Rat beschlossenen Sportstättenprogramm vorgesehen. Dieses Programm wird mit neuen Maßnahmen erst ab 2016 fortgesetzt. Um hierfür rechtzeitig mit den Planungen beginnen zu können, ist an dieser Stelle eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000 € vorgesehen. Ein Betrag von 60.000 € nicht verbrauchter Budgetmittel ist aus 2014 übertragen worden, um Schlusszahlungen der Maßnahmen aus 2014 durchführen zu können.

Im Leistungsbereich "Badebetrieb der Freibäder" sind im Finanzplan 100.000 € für Grundstücksunterhaltung eingeplant. Hierbei handelt es sich um eingeplante Entnahmen aus den für die Freibäder gebildeten Instandhaltungsrückstellungen. Notwendige Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen am Anlagevermögen der Freibäder werden aufgrund mit der DetCon GmbH getroffenen vertraglichen Vereinbarungen zunächst von der Gesellschaft beauftragt und abgerechnet und anschließend von der Stadt Detmold an die Gesellschaft erstattet. Die Höhe dieses Ansatzes orientiert sich an der Höhe des mit der DetCon vereinbarten Pachtzinses für die Freibäder.

Kurzbeschreibung

Pflichtleistungen:

Therapie im Bereich des § 35a SGB VIII (Schüler/innen mit isolierter Lese-Rechtschreibschwäche oder Dyskalkulie) im Auftrag des städtischen Jugendamtes in Abstimmung mit den Schulen (gesetzliche Leistung)

Besondere Angebote (freiwillige Leistungen):

Durchführung der gesetzlichen Pflichtleistung auch für fremde Träger der Jugendhilfe

Förderung und Beratung bei schulischen Problemen, u.a. Förderung hochbegabter Schüler/innen

Ziele

Prävention und Therapie in den Bereichen Legasthenie und Dyskalkulie

Zusammenarbeit mit Eltern und Schulen bei kombinierten Störungen schulischer Fertigkeiten

Auftragsgrundlage

Pflichtleistungen gemäß § 35a SGB VIII

Freiwillige Leistungen gemäß Ratsbeschluss vom 30.03.2006

Entgeltordnung vom 30.06.2011

Zielgruppe

Kinder und Jugendliche

Politisches Gremium

Ausschuss für Schule und Sport

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	1,52	1,52	1,52	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Teilnehmer Pflichtleistung	Anz.	63	45	39	-	-	-
Teilnehmer freiwillige Leistung	Anz.	5	15	11	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Teilnehmerstunden Pflichtleistung	Anz.	1.544	1.800	1.500	-	-	-
Teilnehmerstunden freiwillige Leistung	Anz.	312	300	300	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Teilnehmerstunde	€	80,47	73,63	87,37	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.140,00	14.000	3.300	3.300	3.300	3.300
= Ordentliche Erträge	8.140,00	14.000	3.300	3.300	3.300	3.300
- Personalaufwendungen	138.068,95	147.451	144.291	145.405	146.527	147.662
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	500	500	500	500	500
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.448,65	10.120	8.120	8.120	8.120	8.120
= Ordentliche Aufwendungen	146.517,60	158.071	152.911	154.025	155.147	156.282
= Ordentliches Ergebnis	-138.377,60	-144.071	-149.611	-150.725	-151.847	-152.982
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	53.330,03	54.400	54.400	54.400	54.400	54.400

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.650,71	3.181	4.360	4.392	4.424	4.459
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	50.679,32	51.219	50.040	50.008	49.976	49.941
= Ergebnis	-87.698,28	-92.852	-99.571	-100.717	-101.871	-103.041

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.265,00	14.000	3.300	0	3.300	3.300	3.300
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	9.265,00	14.000	3.300	0	3.300	3.300	3.300
- Personalauszahlungen	135.670,14	146.390	144.291	0	145.405	146.527	147.662
- Sonstige Auszahlungen	8.404,81	10.120	8.120	0	8.120	8.120	8.120
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	144.074,95	156.510	152.411	0	153.525	154.647	155.782
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-134.809,95	-142.510	-149.111	0	-150.225	-151.347	-152.482
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	500	500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	500	500	0	500	500	500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-134.809,95	-143.010	-149.611	0	-150.725	-151.847	-152.982

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5

Erläuterungen

Das Förderzentrum hat bis 2014 im Rahmen der Kooperation auch Therapieleistungen für das Jugendamt des Kreises Lippe nach § 35a SGB VIII wahrgenommen (Pflichtleistungen). Die Abrechnung dieser Leistungen erfolgte auf Basis der Entgeltordnung für das Förderzentrum. Die Gelder wurden als privatrechtliche Entgelte vereinnahmt. Der Kreis hat inzwischen eigenständige Strukturen zur Therapie nach dem Vorbild des Detmolder Förderzentrums aufgebaut und die Kooperation in 2014 gekündigt. Dadurch werden die Erträge des Förderzentrums 2015 geringer ausfallen.

Im Vergleich zum Plan 2014 steigt die Unterdeckung des Förderzentrums um rd. 7.000 € auf knapp unter 100.000 € an. Bedingt ist dieses durch die gesunkenen Erträge aufgrund des Rückzuges des Kreises. Im Bereich der Hororaraufwendungen wurde der Personalaufwand deswegen gesenkt, was die fehlenden Erträge jedoch nicht ganz ausgleichen kann.

Anlage 1

nachrichtlich:

**Produkt 500.400
Schulimmobilien**

Fachbereich 5

Kurzbeschreibung

- Bereitstellung und Unterhaltung der städtischen Schulanlagen, -grundstücke, -gebäude sowie der erforderlichen Einrichtungen und des Betreuungspersonals für die Schulgebäude
- Bewirtschaftung der (ehemaligen) Lehrer- und Hausmeisterdienstwohnungen auf Schulgrundstücken

Ziele

- Sicherstellung einer bedarfsgerechten Schul- und Schulraumversorgung nach den Vorgaben der Schulverwaltung einschl. Bereitstellung des Betreuungspersonals für die Gebäude
- ordnungsgemäßer Erhalt der Bausubstanz
- wirtschaftlicher und umweltverträglicher Bau und Betrieb der schulischen Immobilien und Einrichtungen
- bedarfsorientierte Ausstattung

Auftragsgrundlage

- Schulgesetz NRW mit den dazu erlassenen Verordnungen, Erlassen u.s.w.
- Beschlüsse des Rates und der jeweiligen Fachausschüsse

Zielgruppe

- Schulen der Stadt Detmold
- Schülerinnen und Schüler der städtischen Schulen
- Außerschulische Nutzer der Schulgebäude (öffentliche und private Institutionen, Vereine, Mieter)

Politisches Gremium

- Ausschuss für Schule und Sport
- Ausschuss für Tiefbau und Immobilienmanagement

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	22,50	21,99	22,62	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Grundstücksflächen	qm	401.366	401.366	401.366	-	-	-
Nutzflächen	qm	128.500	128.500	128.500	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl Schüler/innen	Anz.	8.073	7.747	7.678	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Schüler/innen	€	1.119,08	1.242,35	1.221,21	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.554.300,35	1.809.810	1.919.613	1.882.173	1.885.252	1.938.644
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	76.808,55	79.000	74.000	74.000	74.000	74.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	47.327,09	9.000	11.000	11.000	11.000	2.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	789.338,37	24.000	34.000	34.000	34.000	34.000
= Ordentliche Erträge	2.467.774,36	1.921.810	2.038.613	2.001.173	2.004.252	2.048.644
- Personalaufwendungen	1.153.762,65	1.255.333	1.248.056	1.260.538	1.273.141	1.285.874
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.899.636,22	3.368.000	2.994.000	3.031.000	2.886.000	2.874.000
- Bilanzielle Abschreibungen	2.527.551,89	2.933.505	2.908.807	2.972.312	2.945.186	2.934.955

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.528,06	3.500	3.600	3.600	3.600	3.600
= Ordentliche Aufwendungen	8.586.478,82	7.560.338	7.154.463	7.267.450	7.107.927	7.098.429
= Ordentliches Ergebnis	-6.118.704,46	-5.638.528	-5.115.850	-5.266.277	-5.103.675	-5.049.785
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	130.497,00	91.086	87.711	87.711	87.711	87.711
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.029.973,86	2.064.128	2.221.977	2.197.404	2.173.320	2.199.549
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-1.899.476,86	-1.973.042	-2.134.266	-2.109.693	-2.085.609	-2.111.838
= Ergebnis	-8.018.181,32	-7.611.570	-7.250.116	-7.375.970	-7.189.284	-7.161.623

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	14.989	0	0	0	0	0
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	72.106,80	79.000	74.000	0	74.000	74.000	74.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	47.327,09	9.000	11.000	0	11.000	11.000	2.000
+ Sonstige Einzahlungen	54.152,07	24.000	34.000	0	34.000	34.000	34.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	173.585,96	126.989	119.000	0	119.000	119.000	110.000
- Personalauszahlungen	1.101.971,18	1.217.082	1.228.880	0	1.241.171	1.253.580	1.266.117
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.969.536,52	4.457.000	3.991.000	0	3.908.100	3.798.000	3.785.000
- Sonstige Auszahlungen	5.528,06	3.500	3.600	0	3.600	3.600	3.600
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	5.077.035,76	5.677.582	5.223.480	0	5.152.871	5.055.180	5.054.717
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-4.903.449,80	-5.550.593	-5.104.480	0	-5.033.871	-4.936.180	-4.944.717
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	0,00	0	0	0	387.040	1.610.400	820.000
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	387.040	1.610.400	820.000
- Auszahlungen für Baumaßnahmen (Kassenwirksamkeit)	3.488.164,73	7.893.000	2.836.500	483.800	907.800 (483.800)	2.433.000 (0)	1.425.000 (0)
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	174.082,94	313.000	302.000	0	267.000	232.000	212.000
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.662.247,67	8.206.000	3.138.500	483.800	1.174.800	2.665.000	1.637.000
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.662.247,67	-8.206.000	-3.138.500	-483.800	-787.760	-1.054.600	-817.000
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-8.565.697,47	-13.756.593	-8.242.980	-483.800	-5.821.631	-5.990.780	-5.761.717

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
H03135040 Beschaffung von Ersatzschulräumen für das Schulzentrum Mitte									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.500,0	0,0	2.942,8	7.150,0	1.500,0	0,0	0,0	0,0	0,0
H03135041 Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen in Schulen -Sonderliste-sonst. schulische Aufgaben									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.700,0	0,0	340,8	650,0	500,0	0,0	400,0	400,0	400,0
H03155000 Schulhofgestaltung (ISEK)									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	40,0	132,0	80,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	315,0	0,0	0,0	0,0	0,0	50,0	50,0	165,0	100,0
Saldo H03155000	-315,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-50,0	-10,0	-33,0	-20,0

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
H03155001 Baumaßnahme Stadtgymnasium									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	700,0	0,0	195,7	0,0	700,0	0,0	0,0	0,0	0,0
H03155002 energetische Sanierung ISEK,Zuwd. Land									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	347,0	1.478,4	740,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.206,8	0,0	0,0	0,0	0,0	433,8	433,8	1.848,0	925,0
Saldo H03155002	-3.206,8	0,0	0,0	0,0	0,0	-433,8	-86,8	-369,6	-185,0
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	320,5	0,0	183,0	406,0	438,5	0,0	291,0	252,0	212,0
Saldo Investitionstätigkeit	-7.742,3	0,0	-3.662,2	-8.206,0	-3.138,5	-483,8	-787,8	-1.054,6	-817,0

Erläuterungen

Die Flächenangaben verändern sich im Vergleich zum Vorjahr nicht. Nach Fertigstellung des Ersatzneubaus für die Heinrich-Drake-Realschule und Abbau der Ersatzschulräume (Container) Anfang des 3. Quartal 2014 gibt es keine Veränderungen der Nutzfläche. Die belasteten Bereiche, die nicht genutzt werden können, wurden aus der Gesamtnutzfläche herausgerechnet.

Im Produkt "Schulimmobilien" werden alle städtischen Schulen sowie Wohnungen an diesen Standorten betreut. Die Bewirtschaftung beinhaltet das gesamte Management bezogen auf Unterhaltung der baulichen Anlagen, Grundstücksangelegenheiten, Verträge mit Versorgern, Untersuchung/Prüfungen von Raumbedarfen und -nutzungen auf Anforderung der Schulverwaltung im Fachbereich 2, Einrichtung und Ausstattung von Schulräumen, Vermietung von Wohnungen.

Ein Schwerpunkt der Ausgaben sind Betriebs- und Bauunterhaltungskosten an den Schulen. Die in den letzten Jahren durchgeführten energetischen Sanierungen, die zum Großteil aus dem Konjunkturpaket II finanziert wurden, wirken sich positiv auf die Entwicklung der Betriebskosten aus. Dem gegenüber stehen die steigenden Bauunterhaltungskosten. Diese ergeben sich aus dem Einbau von Lüftungs- und damit verbundener Elektrotechnik sowie den Anforderungen, die sich durch Brandschutzeinbauten ergeben. Regelmäßige Wartungen und Überprüfungen durch Sachverständige führen zu höheren Aufwendungen. Hinzu kommen seit Mitte 2014 die Kosten für die Sicherheitsprüfungen der Außenspielgeräte einschließlich der von den Schulen in Eigeninitiative angeschafften Dinge.

Erläuterungen zu Investitionen:

HOAI - Leistungen und Innere Leistungsverrechnungen bei Maßnahmen über der Wertgrenze von 250.000 €:

Auftragsnummer:

H 03135040: 75.000 € (2015)

H 03155000: 2.500 € (2016), 8.000 € (2017), 5.000 € (2018)

H 03155001: 35.000 € (2015)

H 03155002: 21.000 € (2016), 90.000 € (2017), 45.000 € (2018)

Planungsstand nach § 14 GemHVO:

zu H 03135040, H 03155001: Die Voraussetzungen nach § 14 GemHVO sind erfüllt.

zu H 03155000, H 03155002: Die Voraussetzungen des § 14 GemHVO werden voraussichtlich in 03/2015 erfüllt sein.